Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 40.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅓ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Freitag, 24. Januar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Die Kirchengesetze und die Verfassung.

BAC. Berlin, 23. Januar. Wir haben bereits neulich ausgeführt, daß es bei der Berathung der Kirchengesetze vor Allem darauf ankomme, sich darüber klar zu werden, wie man mit denselben zur Verfassung stehe, und haben darauf entwickelt, daß eine „Deklaration" der Verfassung zweckmäßig erscheine, es vorläufig als eine offene Frage beachtend, welche Form für eine solche Deklaration zu wählen sei. Die zur Berathung der Kirchengesetze vom Abg.-Hause eingesetzte Kommission ist inzwischen zusammengetreten und hat sich zunächst mit der Vorfrage beschäftigt, ob die vorgelegten Gesetzentwürfe eine Verfassungsänderung enthielten. Daß der Wortlaut der Art. 15 und 18, welche hier in Frage kommen, ein unbestimmter und vieldeutiger ist, muß wohl von allen Seiten zugegeben werden; der Sinn, welcher den gesetzgebenden Faktoren bei der Vereinbarung der Verfassung vorschwebte, war aber jedenfalls nicht der, welchen die kirchlichen Organe nachträglich in die Worte der Art. 15 und 18 hineinlegen möchten. Wenn nun auch unter den gesetzgebenden Faktoren heute keine Meinungsverschiedenheit über die Bedeutung der Verfassungsbestimmungen besteht, die von dem Verhältniß der Kirchengemeinschaften zum Staate handeln und damit die Nothwendigkeit einer „Deklaration" nicht vorliegt, so ist eine solche bei der Unbestimmtheit des Ausdrucks, welchen die Verfassung an den betreffenden Stellen gebraucht, doch immerhin wünschenswerth, um die Berufung der kirchlichen Organe und ihrer Anwalte in der Volksvertretung auf die Verfassung in Zukunft durch einen Hinweis auf klare Verfassungsbestimmungen zurückweisen zu können, während man sich heute um die den Worten der Verfassungsurkunde zu gebende Auslegung herumzustreiten genöthigt ist. Es ist jedenfalls beachtenswerth, daß die Verf.-Urkunde von denjenigen für klar und keiner weiteren Deklaration bedürftig bezeichnet wird, welche auf Grund derselben dem Staate das Recht bestreiten, im Wege der Gesetzgebung die Grenze zwischen den staatlichen und denjenigen Angelegenheiten festzustellen, die die Verfassung der evangelischen und römisch-katholischen Kirche, sowie jeder andern Religionsgesellschaft als „ihre" Angelegenheiten zur selbstständigen Ordnung und Verwaltung zuweist. Daß der Staat auf dieses Recht verzichtet haben sollte, das werden die Ultramontanen und ihre Freunde schwerlich glaubhaft zu machen vermögen. Ihnen gegenüber hat daher auch in der Kommission dieselbe Einmüthigkeit geherrscht, welche das Abg.-Haus in dieser Frage beseelt, und auf Grund von Vereinbarungen der übrigen Mitglieder hat der zum Berichterstatter über die Verfassungsfrage ernannte Abgeordnete Gneist einige Abänderungsvorschläge zu den Artikeln 15 und 18 der Verfassungs-Urkunde eingebracht, welche wenn in der Kommission, wie zu erwarten ist, genehmigt, die Form eines Gesetz-Entwurfes annehmen werden, der die Verfassungsartikel 15 und 18 formell abändert. In Artikel 15 wird eine Klausel eingeschaltet, wie sie die deutsche Reichsverfassung von 1849 enthielt, die aber in die preußische Verfassungsurkunde nicht aufgenommen wurde, nämlich, daß die evangelische und römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft unbeschadet der Selbstständigkeit in der Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, den allgemeinen Staatsgesetzen und einer gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates unterworfen bleibt; dieselbe „Maaßgabe" wird auf den Besitz und den Genuß der für Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten kirchlichen Anstalten, Stiftungen und Fonds ausgedehnt.

Der Art. 18, welcher das dem Staate bei Besetzung kirchlicher Stellen zustehende Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht, soweit es nicht auf dem Patronat oder besondern Rechtstiteln beruht, aufgehoben hat, soll einen Zusatz erhalten dahin lautend: „Allgemeine Erfordernisse der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen, sowie die äußeren Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt bestimmt das Gesetz. Die Anstellung von Geistlichen bei den Militär- und öffentlichen Anstalten bestimmt sich durch die darüber zu erlassende Verordnung." Auf diese Weise wird dem Einwande, daß die vorgelegten Kirchengesetze (dasjenige, welches den „Austritt aus der Kirche" betrifft, giebt zu keiner Verfassungsfrage Anlaß), mit der Verfassung nicht im Einklange stehen, fundamental beseitigt.

Tagesübersicht.

Posen, 24. Januar.

Ueber allen Wipfeln der Politik ist Ruhe, nicht einmal durch das Donnerwetter einer päpstlichen Allokution gestört. Im Abgeordnetenhause ist das erste Turnier um die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe beendet und die Regierung blickt mit Befriedigung auf den Erfolg. Die „Prov.-Korr." gab diesem Gefühl in einem Leitartikel Ausdruck, welcher mit den Worten schloß:

Die gegenwärtigen Berathungen lassen im Vergleich mit früheren Erörterungen über kirchliche Fragen einen wichtigen Fortschritt erkennen: die vormalige radikale Forderung einer absoluten Trennung von Kirche und Staat ist fast vollständig verstummt gegenüber dem Bewußtsein, daß es ausgedehnte sittliche Gebiete giebt, auf welchen ein Zusammenwirken von Staat und Kirche unerläßlich und deshalb die Regelung ihres Nebeneinanderseins geboten ist. Was die katholische Bevölkerung betrifft, so macht der Minister kein Hehl daraus, daß die jetzigen Berathungen gewiß nicht dazu helfen könnten, gegenwärtig irgend eine Verständigung mit den Vertretern der römisch-kirchlichen Politik herbeizuführen. Die beabsichtigten Gesetze können für den Augenblick den vorhandenen Gegensatz unzweifelhaft nur schärfen; dagegen darf sich die Regierung der Zuversicht hingeben, daß auf dem Boden, welchen diese Gesetze schaffen sollen, in Zukunft eine Saat kirchlichen Friedens aufgehen werde.

Die Sydow'sche Angelegenheit bildet in dem Kampfe des Staates gegen den unfehlbaren Papst den Splitter, auf den die Ultramontanen mit ihrem Balken im Auge höhnisch hinzuweisen pflegen. So benutzt die „Germania" eine Rezension der (lutherischen) „Ev. Kirchenztg." über die Schrift des Frhrn. v. Schrötter „Politische Bedenken" ꝛc., um folgende Stelle daraus zu entnehmen:

„Muß der moderne Staat, welcher die Unfehlbarkeit der Majorität anerkennt, mit einer Kirche, die sich unter die Unfehlbarkeit eines einzelnen Menschen beugt, in Widerspruch gerathen, so tritt die evangelische Kirche, welche allein dem Worte Gottes Unfehlbarkei zuschreibt, mit beiden in Gegensatz,"

und daran folgende von ihrem Standpunkte ganz richtige Bemerkung zu knüpfen:

Die katholische Kirche gesteht ebenfalls dem Worte Gottes Unfehlbarkeit zu — nur entscheidet in ihr die kirchliche Autorität darüber, wie das Wort Gottes zu deuten ist. Daß das nothwendig ist, wird die „Evang. Kirchenztg." sehr leicht begreifen. Dr. Sydow z. B. erklärt es für eine Lehre des „Wortes Gottes", daß Christus nicht Gott sei; das Konsistorium der Provinz Brandenburg dagegen erklärt sich in seiner Majorität gegen eine solche Interpretation des „Wortes Gottes". Das Konsistorium hatte diesen Beschluß mit fünf gegen vier Stimmen gefaßt. Wir zweifeln nicht daran, daß die „Evang. Kirchenztg." das Urtheil, welches jene fünf Konsistorialmitglieder abgegeben haben, als ein unfehlbares betrachten wird.

Die deutsche Gesandtschaft bei der römischen Kurie zeigt immer noch ein Stück Mainlinie, worüber sich die Franzosen und die Ultramontanen herzlich freuen. Der preußische Geschäftsträger ist abberufen und der bairische Graf Taufkirchen noch nicht, ein trauriges Bild deutscher Einheit. Aber die Ultramontanen rufen: „Heil König Ludewig!" Denn für dieses hübsche Stückchen haben sie ihm seine Sünden vergeben, während sie früher, als er noch mit Lutz Arm in Arm ging, durch allerhand schmutzige Gerüchte zur — Abdankung zu bewegen suchten. Bei dieser Gelegenheit ist zwischen ultramontanen und den der Regierung nahe stehenden Blättern über die Frage, ob preußische, norddeutsche, deutsche oder — bairische Gesandtschaft ein Streit entstanden, den die „Nordd. Allg. Ztg." mit folgenden Angaben zu klären sucht:

Graf Arnim war bei dem römischen Stuhl nicht nur als königlich preußischer Gesandter, sondern dann auch als Gesandter des Norddeutschen Bundes akkreditirt. Als Graf Arnim bei den Friedensverhandlungen mit Frankreich Verwendung fand, ohne jedoch von Rom abberufen zu werden, so übernahm der bairische Gesandte, Graf Tauffkirchen, die Geschäfte der norddeutschen Gesandtschaft. Zu keiner Zeit hat derselbe das Deutsche Reich vertreten. Darauf wurde Graf Arnim zum deutschen Botschafter in Paris ernannt und überreichte dem Papste denn auch am 21. März 1872 sein Abberufungsschreiben. Mittlerweile hatte der Norddeutsche Bund aufgehört; eine Vertretung des neuen Deutschen Reichs bei der Kurie existirte noch nicht; dagegen bestand noch der niemals aufgehobene preußische Charakter der Gesandtschaft beim römischen Stuhl. Graf Arnim meldete bei seinem Scheiden dem Kardinal Antonelli den Legationssekretär v. Derenthall als königlich preußischen Geschäftsträger an und, da derselbe erkrankt war, stellte er den Legationssekretär Stumm als dessen Stellvertreter vor. Dieser fungirte als solcher bis zum 4. April, an welchem Tage Herr v. Derenthall die Geschäfte übernahm. Während Hr. v. Derenthall als preuß. Chargé d'Affaires fungirte, wurde der Versuch gemacht, eine Botschaft des deutschen Reichs beim Papste zu errichten, Kardinal Fürst Hohenlohe, der bereits ernannt war, wurde bekanntlich refüsirt; der Versuch war gescheitert. Der preußische Geschäftsträger v. Derenthall trat am 15. Juni einen Urlaub an, und sein Stellvertreter Herr Stumm führte nun die Geschäfte. Als Herr v. Derenthall zum Legatiossekretär in Konstantinopel ernannt wurde, änderte sich an der Sache nichts weiter, als daß nun Herr Stumm definitiv die Geschäfte der königlich preußischen Gesandtschaft versah, bis er Ende Dezember v. J. einen längeren Urlaub erhielt. Es besteht also eine preußische Gesandtschaft; mit dieser verbunden war eine Vertretung des norddeutschen Bundes, die, da letzterer nicht mehr vorhanden war, mit der Abberufung des Grafen Arnim und speziell am 21. März v. J. ihr Ende erreichte; die Geschäfte der norddeutschen Gesandtschaft hatte eine Zeit lang der bairische Gesandte geführt; dagegen ist das Deutsche Reich bei der Kurie noch nie vertreten gewesen.

Einige Politiker, vielleicht spekulirten sie auf Baisse, hatten in der zentralasiatischen Frage sehr schwarz gesehen. Der bulgarische Kirchenkonflikt, die Verhaftung des Patriarchen von Jerusalem, Kyrillos, die beabsichtigte Thronfolgeveränderung in der Türkei, die hieran sich knüpfenden häufigen Ministerwechsel und die Rivalität gegen Mahmud Pascha galten ihnen als disjecta membra eines perfiden Plans der russischen Politik, als dessen Urheber der russische Gesandte in Konstantinopel, General Ignatiew, hingestellt wurde. Man sieht aber in der That nicht recht ein, wie jene Dinge mit der zentralasiatischen Frage in Verbindung gebracht werden sollen, und die neuesten Depeschen sind so beruhigend, daß selbst die Schwarzseher in der englischen Presse hellere Punkte erblicken. So bringt der „Daily Telegraph" angeblich aus Brüssel folgendes Beruhigungsmittel: Im Gegensatz zu der in England verbreiteten Ansicht über den Erfolg der Sendung des Grafen Schuwalow gilt hier in den bestunterrichteten Kreisen die Ueberzeugung, daß es dem Vertrauten des Czaren mit seinem zarten Auftrage vollständig geglückt sei. Ich habe Grund, zu glauben, daß Graf Schuwalow die britische Regierung überzeugt hat, daß es für den Augenblick wenigstens Rußland vollkommen Ernst damit sei, durch die neue Expedition nach Khiwa lediglich seine militärische Ehre zu retten und nach Erreichung dieses Zweckes sofort wieder abzuziehen. Das wenigstens waren die Zusicherungen, welche der russische Abgesandte dem englischen Minister des Auswärtigen in eindringlichster Weise gemacht hat, und auf eine Quelle hin, die nicht gewöhnlicher Natur ist, bin ich im Stande, zu behaupten, daß der Lord Granville von der Aufrichtigkeit seines Herrn überzeugt hat. Gleichzeitig will ich jedoch nicht sagen, daß man den Grafen im Unklaren darüber gelassen habe, welche entschiedene Politik England sich einzuschlagen veranlaßt fühlen dürfte für den hinreichend möglichen Fall, daß die Russen nicht im Stande oder nicht geneigt sein sollten, ihre Zusicherungen in Betreff des Rückzuges nach gründlicher Züchtigung der Khiwaner zu erfüllen."

Aus Asien liegen folgende Mittheilungen vor: Der „China Mail" zufolge waren absurde Gerüchte von einem Attentat auf das Leben des Kaisers von China im Umlauf. Ausländer beabsichtigten, den Kaiser durch Ueberreichung von mit Pulver gefüllten Hochzeitskerzen in die Luft zu sprengen. In Foochow hatten Krawalle zwischen den Eingeborenen stattgefunden. Ausländer wurden nicht angegriffen. Aus Japan wird gemeldet, daß der Großfürst Alexis vom Mikado empfangen worden sei und zahlreichen Festen beigewohnt hatte. Einem Gerücht zufolge sind ausländische Geistliche eingeladen worden, an der ministeriellen Diskussion über religiöse Duldungen Theil zu nehmen. Eine veröffentlichte Bekanntmachung der Regierung definirt die Organisation der zweiten Kammer des Parlaments. Die Koreanische Frage nahm einen ernstlichen Aspekt an und der „Japan Gazette" zufolge war Krieg bevorstehend. Die „Japan Mail" stellt dies aber in Abrede. Achtzehn Meilen Eisenbahn sind nun in Japan eröffnet. Eingeborene Handelsgesellschaften hatten bei der Regierung um Erlaubniß zum Bau von Eisenbahnen und Telegraphen durch eigene Ingenieure u. s. w. petitionirt und die Petitionen waren erhört worden. — Nachrichten aus Aden melden, daß die Festung Kankiban dem türkischen Kommandeur kapitulirt habe.

Deutschland.

△ **Berlin**, 23. Januar. Graf Beust läßt es noch immer nicht an Anstrengungen fehlen, um sich den Enthüllungen des Herzogs von Gramont gegenüber rein zu waschen. Nachdem das bisher in oesterreichischen Blättern geschehen war, bringt jetzt auch die „Augsb. Allg. Ztg." unter Ueberschrift „Beust und Gramont" einen demselben Zweck gewidmeten Artikel aus Wien, der wohl unzweifelhaft vom Grafen Beust selber herrührt. Schon die „A. A. Z." bemerkt selbst dazu, daß durch die Ausführungen dieses Artikels das allgemeine öffentliche Urtheil über sein Verhalten bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges nicht alterirt werde. In der That enthält der Artikel wohl das Schwächste und Wirkungsloseste, was bisher an Beschönigungsversuchen für Beust geleistet worden ist. Sehr pikant ist schon die einleitende Bemerkung, daß dem Grafen Beust diejenigen Vertheidiger geschadet hätten, welche behauptet, daß er während des Krieges deutsch-nationale Politik getrieben, während er doch nur die Politik Oesterreich-Ungarns zu vertreten gehabt habe. Nun aber ist jenes Lob wohl von keiner Seite dem ehemaligen Staatsmanne zu Theil geworden, wenn nicht von Seiten derer, die zu ihm in den intimsten Beziehungen stehen und daher als von ihm inspirirt gelten müssen. Ebenso wunderlich, um nicht zu sagen, aber klingt die Behauptung, daß der Herzog von Gramont in dem Verlaufe seiner Enthüllungen immer mehr einen Rückzug bewerkstelligt habe. Man kann wohl mit Sicherheit behaupten, daß die Auffassung, Gramont fühle sich in die Enge getrieben und ziehe sich zurück, von keinem unbefangenen Beurtheiler getheilt wird. Unter den sachlichen Ausführungen des Artikels ist besonders hervorzuheben, daß Graf Beust der deutschen Kriegführung durch die Neutralitäts-Erklärurg große Dienste erwiesen zu haben vermeint. Dadurch sei Deutschland in den Stand gesetzt worden, das 6. preußische Armee-Corps über den Rhein zu schieben. Graf Beust scheint keine Ahnung zu haben, daß inzwischen die Schlachten bei Weißenburg, Wörth und Spicheren geschlagen waren und daß dadurch auch ohne die oesterreichische Neutralitäts-Erklärung die politische Stellung der Mächte vorgezeichnet war. Von dem ganzen Artikel läßt sich sagen, was derselbe von den Enthüllungen Gramonts behauptet. Die Versuche, Beust zu vertheidigen, werden immer schwächer und kläglicher und beweisen vielmehr das was beschönigt werden soll. — Die „Rh. Ztg." hatte sich von ihrem bekannten parlamentarischen Korrespondenten über ein angebliches Zwiegespräch berichten lassen, welches zwischen einem der geschäftigsten Journalisten und einem Minister stattgefunden habe. Der Journalist habe die Mission übernommen, den Minister herauszustreichen. Diese Mittheilung würde keine Beachtung gefunden haben, da sie von einem Korrespondenten herrührt, welcher seine Information aus der unlautersten Quelle schöpft, wenn nicht die „Nat. Ztg." dieselbe reproducirte. Da lohnt es doch der Mühe, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die Mittheilung durchaus wahrheitswidrig ist. Der Sachverhalt beschränkt sich darauf, daß der Journalist an der Thür des Abgeordnetenhauses an den Minister herantrat, um demselben unaufgefordert die Versicherung zu geben, daß er keinen Antheil an dem Artikel der „Köln. Ztg." habe. Der Minister schnitt die Unterhaltung mit den kurzen Worten ab, daß er einen solchen Verdacht garnicht gehegt habe. Weitere Worte wurden nicht gewechselt.

Σ **Berlin**, 23. Januar. Eben theilt der Magistrat unseren Stadtverordneten mit, daß die Veranlagung der städtischen Einkommensteuer pro 1873 gegen das Vorjahr ein Plus von 25 Prozent ergeben hat. Die Einkommensteuer umfaßt alle Einkommen von mehr als 300 Thlr. Die Berliner müssen zwar gegenwärtig sehr viel Wohnungsmiethe bezahlen. Wie Sie aber aus obiger Notiz ersehen, verdienen dieselben auch jetzt ein Erhebliches mehr als früher. — Der Konflikt zwischen Magistrat und Stadtverordneten, um den sich jüngst die städtischen Neuwahlen drehten, beschränkt sich jetzt nur noch darauf, ob einige neue Gymnasien aus Anleihen, wie die Stadtverordneten wollen, oder aus laufenden Mitteln zu erbauen sind. Im letzteren Falle müßte die Einkommensteuer um etwa 20 Prozent erhöht werden und würde dann etwa 2 Prozent des Einkommens betragen. — Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat gestern ihre erste Lesung beendigt und dabei noch etliche wesentliche Verbesserungen in das Gesetz gebracht. Die Entscheidung über Reklamationen gegen die Klassensteuer wurden an Stelle des Plenums der Regierung auf den Antrag des Abg. Richter (Hagen) der jetzt schon für die klassifizirte Einkommensteuer bestehenden Bezirkskommission übertragen. In dieselbe sollen künftig auch Klassensteuerpflichtige gewählt werden. Für

die Ermittelung des Einkommens bei Klassensteuerpflichtigen sollen dieselben Grundsätze wie bei der klassifizirten Einkommensteuer maßgebend werden, die Klassensteuerpflichtigen also gegen ein tieferes Eindringen in ihre Verhältnisse geschützt werden. Die Einschätzungsorgane bei der Klassensteuer bleiben im Uebrigen unverändert. — Was die von Camphausen vorgeschlagenen Aenderungen der klassifizirten Einkommensteuer anbetrifft, so wurde die Bildung einer Zentralkommission, ebenso wie die Aufhebung des Remonstrationsverfahrens einstimmig abgelehnt. Die Aufhebung des Maximalsatzes der Steuer dagegen und die veränderte Eintheilung der Stufen wurde angenommen. Als Kompensation aber bedung sich die Kommission aus, daß künftig auch bei Steuerpflichtigen von 1000—1600 Thlr. Einkommen die Steuerfähigkeit bedingende individuelle Verhältnisse berücksichtigt werden sollen. Camphausen's Gesetzentwurf ist somit von der Kommisston von Grund aus umgearbeitet worden. In der zweiten Lesung der Kommission wird noch die Feststellung der Kontingentirungsformel große Schwierigkeiten machen, da Camphausen durch die etwas übertriebene Lobpreisung seiner Nachgiebigkeit in einer Anzahl Blätter stutzig geworden ist und sich der Mehrheit der Kommission gegenüber plötzlich bis zum Eigensinn unkoulant erweist.

— Die „Nordd. Allg. Z." ist in den Stand gesetzt, das königliche Schreiben im Wortlaut zu veröffentlichen, mit welchem Se. Majestät am 1. Januar d. J. dem Fürsten Reichskanzler die brillantenen Insignien des Schwarzen Adlerordens verliehen hat:

Berlin, den 1. Januar 1873.

Sie wissen, mit wie schwerem Herzen Ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem Ich Sie von dem Vorsitz Meines Staatsministeriums entband. Aber Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten, und will deßhalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen. Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der Preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten! Schritt für Schritt hat Ihr Rath und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name stehet unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu Theil geworden. Wenn Ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer und fester Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch, unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichskanzler-Stellung, in engstem Zusammenhange bleiben. Durch die Verleihung der brillantenen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will Ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis Meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben! Mögen die Ihnen gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie erhoffen und Ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und Mir Ihre bewährten Dienste widmen können.

Ihr
treuergebener dankbarer König
gez. Wilhelm."

— Die Erwartung, daß Kaiser Wilhelm sich unter den Ehrengästen befinden wird, welche der österreichische Hof während der Weltausstellug zu bewillkommnen hofft, hat — wie man der „Köln. Ztg." aus Wien schreibt — in den letzten Tagen ihre offizielle Bestätigung erhalten. Die betreffenden Hofämter wurden auf Befehl des Kaisers Franz Joseph mit dem Zeitpunkte bekannt gemacht, zu welchem das Eintreffen des kaiserlichen Gastes zu erwarten ist, um die erforderlichen Vorbereitungen danach zu treffen. Kaiser Wilhelm scheint seinen Besuch in Wien für die ersten Tage des Juli angekündigt zu haben. Außerdem dürfte der deutsche Kaiser auch heuer wie im Vorjahre und zwar im Monate August, die Badekur in Wildbad-Gastein gebrauchen, also zwei Mal auf österreichischem Boden verweilen.

— Unter den am Ordensfest Dekorirten befindet sich bekanntlich auch Prof. Gneist. Diese Dekoration unter dem Ministerium Roon ist entschieden interessant — sie beweist, daß eine seiner Zeit großes Aufsehen erregende Phrase vom „Kainszeichen" wirklich der Vergessenheit übergeben worden ist. Dagegen verdient als Charakteristikum zur Beurtheilung der jetzigen Situation bemerkt zu werden, daß Hr. Kultusminister Falk, welcher bis jetzt nur den Rothen Adlerorden 4. Klasse besitzt, bei dem diesmaligen Ordensfeste nicht, wie allgemein erwartet wurde, eine höhere Klasse dieses Ordens erhalten hat.

— Dr. Konrad Varrentrapp, Privatdozent der Geschichte in Bonn, ist daselbst zum außerordentlichen Professor ernannt worden. Der von Böhmer innegehabte Lehrstuhl für romanische Sprachen in der philosophischen Fakultät der Universität Halle wird mit dem Dr. Schuchardt, bisher in Leipzig, besetzt. Derselbe ist zum ordentlichen Professor ernannt worden und wird seine Vorlesungen bereits im bevorstehenden Sommersemester beginnen.

— Die Polen, schreibt man der „K. H. Z." unterm 21., werden in der Kommission des Abgeordnetenhauses für die Kirchengesetze durch den Abg. Fürsten Czartoryski vertreten sein. Diese Vergünstigung haben sie der Fortschrittspartei zu danken. Allerdings hat der Seniorenkonvent des Hauses s. Z. der Fortschrittspartei und der Zentrumsfraktion anheimgestellt, bei den Kommissionswahlen abwechselnd ein Mitglied weniger vorzuschlagen, und so der polnischen Fraktion diesen Repräsentantenposten einzuräumen. Die Polen haben oft genug eine solche Vertretung ihrer Fraktion abgelehnt. Jetzt verlangt ihre ultramontane Politik die Vermehrung der klerikalen Stimmen in der Kommission. Sie wandten sich an die Fortschrittspartei, diese ließ Gnade für Recht ergehen und strich eins von ihren drei Kommisionsmitgliedern zu Gunsten der Polen. Indessen ist dafür gesorgt, daß die klerikalen Bäume nicht in den Kommissionshimmel wachsen, denn das Verhältniß für und gegen die Gesetze in der Kommission stellt sich wie 14 zu 17.

— In der Eisenbahn-Angelegenheit des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Wagener hatte die „Nordd. Allg. Ztg." vor Kurzem eine Berichtigung veröffentlicht, welche die bekannten Angaben Laskers in Abrede stellte. Dem gegenüber bringt die „Oder-Zeitung" ein Schreiben aus Bärwalde i. P., welchem wir Folgendes entnehmen:

Nicht (wie die „N. A. Z." behauptete) die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft hat die Vorarbeiten für die Eisenbahn von Wangerin nach Konitz machen lassen, sondern dieselben sind von den betreffenden Kreisen gemacht worden, wozu der Neustettiner z. B. 7000 Thlr. hat zusammenbringen müssen. Diese Vorarbeiten sind s. Z. dem Herrn Wagener und Herrn Bankdirecktor Schuster überlassen worden; diese beiden Herren hatten ein Konsortium englischer Eisenbahnbau-Unternehmer gefunden, welche die Strecke Wangerin-Konitz bauen wollten; sie verlangten aber von demselben für die Ueberlassung der Konzession eine Million Thaler, — worauf die Gesellschaft es vorzog, als seitens der Herren Wagener und Schuster ein Angebot von 200,000 Thlr. inkl. Ueberlassung der Vorarbeiten, die ihnen gar nichts gekostet hatten, abgelehnt war, lieber auf den ganzen Bau zu verzichten. Wenn man bedenkt, daß das ganze Anlagekapital auf 9 Millionen berechnet ist, und daß die Biedermänner davon nur etwa eine Million für Nichts und Wiedernichts haben wollten, so kann man sich einen Begriff machen, welcher Schwindel bei dieser Eisenbahnangelegenheit gewaltet hat. Der jetzige Vorsitzende des Komites, Herr Banquier Oder, ist erst später in die Gesellschaft eingetreten und nicht Mitbegründer gewesen, vielmehr soll er seinen bedeutenden Posten erst nach dem offiziellen Rücktritt des Herrn Wagener erhalten haben. Die Angaben über die Forderung bei der Konzessionsüberlassung habe ich von dem Herrn Eisenbahnbaumeister Kretschmer, der die Thatsache von den betreffenden englischen Herren selber erfahren hat.

— Professor H. A. Zachariae erklärt sich in einer Zuschrift an die „N. Z." gegen das Urtheil des brandenburgischen Konsistoriums in der Sydow'schen Sache und beruft sich dabei auf den Restaurator des protestantischen Kirchenrechts, den keiner Partei huldigenden Karl Friedrich Eichhorn. Derselbe spricht sich über die rechtlichen Grenzen der Lehrfreiheit in der evangelischen Kirche folgendermaßen aus:

Aus einem andern Gesichtspunkt als die katholische Kirche muß aber die evangelische die Frage von der Lehrfreiheit betrachten, welche ihrem Lehrstand nach den Grundsätzen der Reformatoren selbst zusteht. Diese besteht in dem Beruf, die christliche Lehre nicht nach gegebenen Formeln, sondern nach dem Inhalt der heiligen Schrift selbst zu lehren. Eine Ueberschreitung der dadurch gezogenen Grenzen der Lehrfreiheit liegt daher in einer Lehrweise, die sich an die h. Schrift nicht anschließt. Außerdem darf der Geistliche, welcher den Sinn der christlichen Lehre richtiger und reiner aufgefaßt zu haben glaubt, als in den symbolischen Büchern geschehen, keineswegs unbedingt die Zustimmung der Gemeinde voraussetzen. Bei der Untersuchung jener Grenzen muß daher zuerst der wesentliche Unterschied zwischen theologischer Untersuchung, die für das theologisch gebildete Publikum bestimmt ist, und dem Religionsunterricht oder dem Lehrvortrag bei einer Gemeinde ins Auge gefaßt werden. In jener, wenn sie auch irrt, darf die Widerlegung des Irrthums der Wissenschaft überlassen werden; die Schranken der Lehrfreiheit werden daher nur verletzt sein, wenn sie die kirchliche Lehre auf eine unwürdige Weise bestreitet; bei dem Letzteren wird an dem Geistlichen schon getadelt werden müssen, wenn seine Lehre seiner Gemeinde Anstoß giebt. Umgekehrt wird hingegen, so lange die Gemeinde keine Beschwerde führt, auch vorausgesetzt werden dürfen, daß er die Grenzen der Lehrfreiheit nicht überschritten habe. Der Kirchengewalt liegt jedoch die Verpflichtung ob, dafür zu sorgen, daß der Geistliche seine Lehrfreiheit nicht mißbrauche, in der Kirche Parteiung zu bewirken; ein Vorwurf, welchen dieser auch durch die Berufung auf seine Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht ablehnen kann, wenn er eine theologische Ansicht, von welcher das praktische Christenthum nicht berührt wird, an die Stelle des kirchlichen Lehrbegriffs setzt. Nur darf die Kirchengewalt die wirklich bestehende kirchliche Lehre nicht nach dem Buchstaben der symbolischen Bücher beurtheilen wollen; ihr Urtheil über jene wird um so sicherer sein, je weniger sie sich für eine bestimmte theologische Partei erklärt, wie die Erfahrungen der neuesten Zeit bewiesen haben.

— Die „Germania" hat, wie gestern telegraphisch gemeldet, eine Petition des deutschen Episkopats an den Kaiser bezüglich der kirchenpolitischen Gesetzvorlagen in Aussicht gestellt. — Dagegen schreibt der „Westf. Merk.":

Wie Bischof Martin von Paderborn im vorigen Monate gegen den beabsichtigten Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Kirchenvorständen, bei dem Kultusminister Verwahrung eingelegt hat, so soll er jetzt nach einem bestimmt auftretenden Gerüchte an das Staatsministerium die Erklärung abgegeben haben, „daß er den dem Könige geleisteten Eid bis zu seinem Tode treu zu halten entschlossen sei, aber nicht minder auch den Eid der Treue gegen die Kirche. Dieser aber verbiete ihm, die jetzt zur Berathung vorliegenden Gesetze zu befolgen: so groß auch die angedrohten Strafen seien, — er könne und dürfe denselben nicht nachkommen.

— Der Titel der preußischen Militär-Rangliste lautet, obgleich die Marine jetzt eine Kaiserlichdeutsche ist, bekanntlich noch immer „Rang- und Quartierliste der Königlich preußischen Armee und Marine." Hierüber schreibt das „Militär-Wochenblatt:

Der Titel der Rangliste ist unverändert beibehalten worden, da es für jetzt noch schwer hält, eine Grenze zwischen dem, was deutsche und was preußische Rangliste ist, festzuhalten. So lange noch besondere sächsische, baierische und würtembergische Ranglisten bestehen, kann die Berliner Rangliste auf den umfassenden Titel einer deutschen Rangliste keinen Anspruch machen. Wenn von einzelnen Seiten Bedenken dagegen erhoben worben sind, daß demungeachtet die kaiserliche Marine des deutschen Reichs in der preußischen Rangliste ohne Veränderung des Titels nach wie vor Aufnahme gefunden hat, so ist darauf zu bemerken, daß, wie dies z. B. auch bei den Landwehr-Bataillonen in Elsaß und Lothringen, welche gleichfalls den Titel kaiserlich führen, der Fall ist, es sich hier um dem deutschen Reich zugehörige Behörden handelt, die mit preußischen Offizieren besetzt sind.

— Ueber die Aufgabe des Uebungsgeschwaders unter Kapt. Werner wird der „Wes. Ztg." mitgetheilt, daß das Geschwader den Befehl erhalten hat, das Kap Horn zu umsegeln und sich nach Japan zu begeben. Kapt. Werner ist in Barbados mit der Korvette „Vineta", (Kapt. Baatsch) und „Gazelle" (Kapt. Arndt) zusammengetroffen; die letzteren haben sich aber nicht, wie früher angenommen wurde, dem Geschwader angeschlossen, sondern die Rückreise angetreten und werden voraussichtlich im Frühjahr (April) hier eintreffen. Ueber die besonderen Missionen, welche Kapt. Werner erhalten hat oder erhalten wird, verlautet begreiflicher Weise nichts Bestimmtes. Es hat aber den Anschein, als ob das Geschwader sich demnächst theilen und das eine oder andere der Schiffe besondere Aufträge erhalten würde.

— Der neue Verein, welchen die hiesigen Zeitungsverleger begründet haben, um den übermäßigen Forderungen und der Willkür der Schriftsetzer nachhaltig entgegenzutreten, ist nunmehr perfekt geworden. Die zum Verein gehörenden Zeitungsverleger haben sich gegen eine Konventionalstrafe von 10,000 Thlr. verpflichtet, für den Fall, daß die Setzer in einer der zum Verein gehörigen Druckereien Forderungen stellen, welche von einem hierzu gewählten Komite der verbundenen Verleger für übertrieben oder nicht zuläßig bezeichnet werden u. s. w., sofort ihre sämmtlichen Setzer zu entlassen und das Erscheinen der betreffenden Zeitung einzustellen. An ihre Stelle tritt sodann eine Normalzeitung, welche des Abends und Morgens ausgegeben wird, nur die unbedingt wichtigsten Ereignisse auf politischem und sozialem Gebiet meldet und zu deren Herstellung die in den Druckereien beschäftigtigten Metteure, Faktore und Lehrlinge verwendet werden. Inserate sind von dieser Normalzeitung gänzlich ausgeschlossen. Dem Verein haben sich bis jetzt sämmtliche berliner Zeitungen mit Ausnahme der „Volks-Ztg.", der beiden „Staatsbürger-Zeitungen" und des „Kladderadatsch" angeschlossen. In Leipzig haben sich die Buchdruckereibesitzer zu einem ähnlichen Verein zusammengethan, trotzdem beschlossen die Buchdruckergehilfen den Prinzipalen einen neuen Lohntarif vorzulegen und, falls derselbe nicht angenommen würde, am 25. d. M. alle zu kündigen. Wir stehen also an der Schwelle eines für beide Theile grausamen Wirthschaftskrieges, der an den Vororten Berlin und Leipzig ausgekämpft werden wird. Von dem Ausfall dieses Kampfes wird es abhängen, ob das deutsche Druckergewerbe aufwärts oder abwärts gehen muß; wie er aber auch ausfällt, er wird für beide Theilee unberechenbaren Schaden bringen, der die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Jahre hinaus verbittern kann. Auch im wirthschaftlichen Leben gilt das Wort: „Heute mir, morgen dir", und es kann sehr leicht eine Zeit kommen, wo Mangel an Arbeit und Ueberfluß an Arbeitern eintritt. Diese Wandlung wird um so leichter eintreten, wenn die gegenwärtigen Kämpfe zu einer Schwächung des Gewerbes führen oder die Produktion durch politische Vorgänge eine bedeutende Einschränkung erfährt, dann werden die Prinzigale jedenfalls genau prüfen, wer in der Zeit des Glücks sich treu bewiesen hat.

— Wie das „Frdbl." aus bester Quelle erfahren haben will, hat vorgestern die Entscheidung über die engere Konkurrenz der Entwürfe zum Göthe-Denkmal stattgefunden. Von den vier konkurrirenden Künstlern Siemering, Schaper, Donndorf und Calandrelli erhielt der Entwurf Schaper's die Majorität der Preisrichter, und zwar, da die Künstler doppelte Entwürfe geliefert hatten, Schaper's stehende Figur auf dem runden Postament, mit den Figuren der Lyrik, Tragödie und Naturkunde. Das Denkmal soll nun genau nach dem Entwurfe sofort in Auftrag gegeben werden. Der Standpunkt desselben ist gleichfalls entschieden und zwar in den Anlagen des Thiergartens an der Königgrätzerstraße, das Gesicht der Straße zugewendet.

— Auch unter den Kreisphysikern ist eine lebhafte Agitation im Gange, um eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Verbesserung der Lage zu Stande zu bringen. In einem betreffenden Anschreiben an die Kreismedizinalbeamten heißt es, daß schon mancher durch Alter und Krankheit dienstunfähige Physikus nach langjähriger Dienstzeit am Hungertuche nagte und die Familie nach seinem Tode in größter Armuth zurückließ, so daß öffentliche Geldsammlungen für die Hinterbliebenen veranstaltet werden mußten. Einen wirklichen Gehalt als Remuneration für ihre dem Staate geleisteten Dienste bezogen die Kreisphysiker nicht; ihre Misere während der Typhus-, Cholera- und Pocken-Epidemie sei eine Illustration ihrer Lage. In der Petition an das Abgeordnetenhaus soll deßhalb betont werden, daß es nothwendig sei, den Beamten volle amtliche Kompetenzen zu geben und sie besonders pensionsberechtigt zu machen.

Breslau, 22. Jan. Die Versammlung des Schles. Protestanten-Vereins hatte am vorigen Freitage beschlossen, die Adresse an Prediger Dr. Sydow durch eine Deputation überreichen zu lassen. Diese Deputation begab sich am Sonnabend Abends nach Berlin und wurde am folgenden Tage von Herrn Dr. Sydow sehr freundlich aufgenommen. Die Ansprache hielt Professor Dr. Raebiger, worauf Herr Dr. Sydow herzlich dankte. Die Deputation ist Montag wieder nach hier zurückgekehrt. — Gestern überreichte der fürstbischöfliche Kommissarius Simon und die Erzpriester des münsterberger Kommissariats dem Fürstbischof eine Adresse des Klerus des münsterberger Kommissariats. Die Adresse, welche in der ultramontanen „Volkszeitung" ihrem Wortlaut nach veröffentlicht ist, enthält die gewöhnlichen Redensarten von „unheilvollen Maßnahmen, die als Frucht eines mit Leidenschaftlichkeit geführten Kampfes tief in den von Gott gewollten Organismus unserer heiligen Kirche einschneiden" — von unverbrüchlichem Gehorsam und Treue gegen den Bischof, — „daß Schlesiens Klerus in seinem Pflichtbewußtsein: Gott zu geben, was Gottes, dem Kaiser, was des Kaisers ist, weder durch Leiden noch Verfolgung irre gemacht werden könnte." — Die „Bresl. Z." fügt hinzu: Die Antwort des Herrn Fürstbischofs verschweigt der Bericht, die beste Antwort des Staates sind die Gesetze, welche eben im preuß. Landtage berathen werden.

Ratibor, 21. Januar. [Oberschlesische Schulen.] Die Sprachverordnungen der k. Regierung zur Oppeln haben eine dreifach verschiedene Beurtheilung erfahren. Die Einen waren Feuer und Flamme, ereiferten sich über die Maßen, sprachen von „russischen Systemen", von zu Grunde gehenden Generationen, bedauerten ihren Verfasser, die oberschlesischen Lehrer und Schüler — und brachen mit einem Worte den Stab über die Verordnungen. Zu ihnen zählen auch k. Beamte, Männer, welche schon ihres Amtseides wegen daran denken sollten, daß „Reden Silber, Schweigen Gold" sei. Die Anderen freuten sich darüber, daß endlich in die polnisch-mährisch-böhmischen Schulen Schlesiens ein Element mit Ernst gebracht werden sollte, welches bisher nicht etwa stiefmütterlich behandelt, nein, geradezu verketzert worden war: „die deutsche Sprache" als Lehrsprache (nicht als Lehrobjekt). Zu ihnen zählen alle einsichtsvollen Lehrer, auch diejenigen, welche sich nicht verhehlen, daß sie sehr wacker arbeiten müssen, wenn sie ihrer neuen Pflicht nachkommen wollen. Noch Andere endlich dachten und denken noch, „es wird heißer aufgetragen als gegessen" u. s. w. Zu ihnen zählen die leichtsinnigen Lehrer, diejenigen, welche keiner Verordnung der Behörde eine bedeutende Wichtigkeit beilegen. Ihnen muß und wird in Kurzem klar gemacht werden, daß die k. Regierung mit den in der Verordnung enthaltenen Anforderungen es sehr ernst nimmt, daß sie die Benutzung einer nichtdeutschen Mundart nicht in persönliches Belieben stellt, daß mißbräuchliche Verwendung eines solchen um so ernsterer Rüge verfallen müßte, als kein Lehrer über die Intention der hohen Behörde, die kräftige Förderung der deutschen Sprachbildung herbeizuführen, in Ungewißheit sein kann (Schl. Z.)

Bonn, 21. Januar. Der erste Gottesdienst, den die hiesigen Altkatholiken in der ihnen mit Genehmigung des Kaisers zur Mitbenutzung eingeräumten Schloßkapelle abhielten, verlief durchaus ernst und würdig und daß die Sache Eindruck gemacht hat, zeigt namentlich auch die gestern Abend erschienene Nummer der hiesigen „Reichszeitung": sie weiß nichts Rechtes vorzubringen und giebt ihren Aerger nun dadurch zu erkennen, daß sie die Universitätsdozenten namhaft macht, welche ihre Spione in der Kirche gesehen, daß sie berichtet, der Studiosus X. habe den Gesang dirigirt, der Studiosus Y. bei der Messe ministrirt, der Professor Karl Simrock habe während des Gottesdienstes gesessen (und nicht, wie es sonst bei den Katholiken üblich, einem bejahrten und kränklichen Manne aber wohl nicht zuzumuthen ist, gekniet oder gestanden) u. drgl. — Es wäre sehr erfreulich, wenn man solche Auslassungen der „Reichszeitung" auf Rechnung des Schusters Emons schreiben dürfte, der jetzt als verantwortlicher Redakteur „des saubern Blattes" fungirt; aber leider trifft die moralische Verantwortlichkeit für die Hetzereien der „Reichszeitung", wie es hier kein Geheimniß ist, ganz andere Leute. (Spen. Z.)

Köln, 23. Januar. Das Komite des deutschen Katholiken-Vereins in Köln, die Herren von Loë, Frankenstein ꝛc. hatten bekanntlich am 8. Oktober v. J. eine Adresse, an den Bischof von Hebron, Msgr. Vermillod in Genf, erlassen. Das Komite sprach seine Bewunderung aus „wegen der heldenmüthigen Vertheidigung gegen die ungerechten Angriffe auf die Rechte und Freiheit der Kirche", seinen Abscheu über die Ungesetzlichkeit und Glaubenslosigkeit der genfer Regierung" und beglückwünschte den Bischof, „daß er würdig befunden worden, seinen Antheil an den Leiden der Kirche zu haben, mit dem Gefangenen im Vatikan an ein Kreuz geschlagen zu werden ꝛc." Darauf erläßt Msgr. Vermillod unterm 2. Januar ein Dankschreiben, welches das „Mainz. J." veröffentlicht. Es heißt darin:

"Allenthalben scheint die Kirche jetzt gefangen oder verbannt zu sein. Die bürgerlichen Gesellschaften stoßen sie von sich, oder wollen sie ausbeuten; sie kann mit ihrem göttlichen Stifter sagen, daß sie keinen Stein hat, wohin sie ihr Haupt legen könne, aber niemals vielleicht hat sie in höherem Grade die Geister bewegt und ihr Leben geoffenbart. In Genf, diesem Herde des Protestantismus und der europäischen Revolution, wollte die Demokratie sie zu ihrer niedrigen Magd herabdrücken, anderswo versucht der Cäsarismus sie in die Sklaverei zu führen; aber die unsterbliche Braut Jesu Christi vertheidigt allenthalben ihre Freiheit, welche der Heiland ihr verliehen, um die Seelen zu heiligen und die Völker zu beglücken. Dank dem großherzigen Muthe Pius' IX. organisiren sich die kth. Vereine, der Klerus harrt aus in Eifer und Treue, und der Episkopat bietet das herrliche Schauspiel jener apostolischen Festigkeit und Sanftmuth, welche der Kirche nie gefehlt haben vom heiligen Ambrosius an bis herab zu dem berühmten Martin von Dumin und Klemens von Droste.

Deutz, 20. Januar. Die Bedingung, welche von unserem Stadtverordnetenkollegium an den für den dritten Festungsrayonbezirk aufgestellten Bebauungsplan, daß nämlich allenfallsige Entschädigungen für in die Schußlinien fallendes und deshalb von den Grundbesitzern

abzutretendes Terrain aus Reichsmitteln und nicht von der Stadt zu gewähren sein, wurde von dem Gouvernement für nicht annehmbar gefunden. Dasselbe hat durch die städtische Verwaltung in Folge dessen das Stadtverordnetenkollegium ersuchen lassen, diese Bedingung fallen zu lassen. (H. u. B.-Z.)

Aus dem Fürstenthum Lippe, 21. Jan. Vor einigen Tagen traf in Detmold eine Deputation der lippischen Lehrer ein zur Uebergabe einer Petition an fürstl. Kabinetsministerium, die Regierung und das Konsistorium. Die von sämmtlichen Lehrern unterzeichnete Petition behandelt die Nothwendigkeit einer bedeutenden Erhöhung der bisherigen Lehrergehälter. Die Mitglieder der Deputation sollen bei den maßgebenden Persönlichkeiten auch eine außerordentlich freundliche Aufnahme gefunden haben und ihnen das Versprechen gegeben worden sein, daß mit allem Ernst die Aufbesserung der Besoldungen der Lehrer angestrebt werden solle. Leider suchte das Ministerium aber auch diese Angelegenheit im Interesse seiner Verfassungspläne zu verwerthen. Wie die „Westph. Ztg." erfährt, knüpft der Minister an seine Zusicherungen die dieselben werthlos machende Frage: Woher aber nehmen wir das Geld, da keine Landesvertretung vorhanden ist, die solches bewilligt? Der Minister hat jegliche Verantwortung für alle aus dieser Kalamität entspringenden Uebelstände abgelehnt und sie derjenigen Partei aufgebürdet, welche das Zustandekommen eines 1836er Landtages verhindert. Er soll außerdem hinzugefügt haben, daß weder die jetzige noch eine spätere Regierung einen Landtag von 1849 wählen lassen werde. — Das sind allerdings nun recht traurige Aussichten, denn da auch die zur Wahl nach dem 1836er Wahlgesetz berechtigten Wähler jetzt weniger denn je zum Nachgeben bereit sind, zumal der jetzige Zustand für die Steuerzahler und namentlich für die Gewerbetreibenden, die seit 2 Jahren keine Gewerbesteuer zahlen, auch sein Behagliches hat, so wird der jetzige verfassungslose Zustand wohl leider noch längere Zeit fortdauern.

Oesterreich.

Wien, 21. Januar. Das Aufschieben der Vorlage des Wahlreformprojekts ist an der Tagesordnung und dürfte dieselbe vor acht Tagen nicht erfolgen. Dieser neue Aufschub soll der Polen halber beschlossen sein, was um so unverständlicher ist, als sie durch diese Nachgiebigkeit der Regierung durchaus nicht für das Projekt geneigter gestimmt werden. Die Polen selbst haben indeß ihre Aktion begonnen, obschon bis jetzt der dichte Schleier einer bloßen Klubverhandlung sie den profanen Augen verdeckt. Die Entscheidung aber liegt nicht mehr bei Galizien; man hat im polnischen Lager vollauf zu thun, die Auflösung der Armee nicht in wilde Fahnenflucht ausarten zu lassen. Vielleicht daß es gelingt, Desertionen in Masse zu verhüten und wenigstens eine ehrenvolle Kapitulation zu erreichen. Aber das Polen, was bisher geträumt worden, das Polen, welches mit Hilfe Oesterreichs, Oesterreich abzuschütteln gedachte, das Polen ist jetzt wirklich „verloren." Wir wollen und werden jetzt auch in Galizien Oesterreicher haben, Oesterreicher polnischer Zunge allerdings, aber Oesterreicher. — Eine beachtenswerthe auswärtige Stimme gegen die Opposition der Polen finden wir im „Journal des Débats." Dasselbe tadelt unbedingt die Haltung der Polen gegen die Wahlreform und beurtheilt sie als verhängnißvoll und nachtheilig für die Polen und für Galizien. Diese Opposition könne absolut zu nicht führen. Die Anerbietungen, welche die Regierung den polnischen Abgeordneten gemacht, seien höchst vortheilhaft und deren Ablehnung unverantwortlich. Die polnischen Abgeordneten hätten gar keinen plausibeln Grund, den Reichsrath zu verlassen und so brüsk ihre frühere Haltung zu dementiren. Wenn die Polen — sagen die Débats — die Politik der Czechen adoptiren und sich auf die passive Opposition werfen würden, so wäre dies ein schwerer Fehler, der traurige Folgen haben könnte. Galizien würde dadurch der Gefahr ausgesetzt werden, Alles zu verlieren, was es bisher erhalten hat. Die Débats ermahnen die Polen, lieber als auf ihre Abgeordneten auf jene Mitglieder der polnischen Emigration zu hören, welche die allgemeine politische Situation kennen, und welche dringend von einer passiven Opposition und von einem Bruch mit der Regierung abrathen. Auch würde eine czechische Politik der österreichischen Polen durchaus nicht den Beifall der Polen in Warschau, Wilna und Posen finden.

Vor einigen Tagen wurde in der ungarischen Akademie der Wissenschaften die Frage angeregt, ob es nicht zweckmäßig sei, die Verhandlungen derselben auch in einer anderen, als in der magyarischen Sprache zu veröffentlichen, aber auf Antrag Csengerys, der für eine der größten Kapazitäten der Deakpartei gilt, wurde beschlossen, daß kein Mitglied der Akademie sich an nichtmagyarischen Publikationen betheiligen dürfte. „Nix daitsch!" bleibt die ungarische Parole. Lieber wollen die unbekannten Genies der ungarischen Akademie der Wissenschaften in der magyarischen Dunkelheit verbleiben, als daß sie der gehaßten deutschen Sprache eine Konzession machen. — Sämmtlichen Wiener Blättern droht ein allgemeiner Strike der Setzer.

Die Czechen beginnen zu drohen. Die „Narodni Listy" berufen sich auf die „nordamerikanische Petition" an den König von England und sagen, daß sie zu einer Zeit an diesen gerichtet wurde, „als der Widerstand der Nordamerikaner gegen die englische Regierung schon zu Ende gegangen war und als die Entscheidung nicht mehr durch die Schärfe des Wortes oder der Feder, sondern nur mehr durch die Schärfe des Schwertes herbeigeführt werden konnte." Die Nutzanwendung dieser Phrase für den czechischen Leser liegt nahe und ergiebt sich für diesen von selbst. Aus der nordamerikanischen Petition selbst zitiren die „Narodni Listy" eine lange Stelle, an der gesagt wurde, daß das nordamerikanische Volk „lieber die Schrecken und Leiden des Krieges, als gutwillige Knechtschaft" gewählt habe, und heben hervor, daß dies die letzte Bitte des nordamerikanischen Volkes an den König von England gewesen sei. Schließlich führen die „Narodni Listy" das Wort Burke's über die Nordamerikaner an: Ein Volk, das in der einen Hand die ehrerbietige Bitte, in der anderen das gezückte Schwert hält. Auch diesen Ausspruch wendet das czechische Blatt auf die zur Unterschrift empfohlene Petition an und, um dem Staatsanwalt eine Nase drehen zu können, schreiben die „Narodni Listy", auch das czechische Volk stehe da, in der einen Hand die ehrerbietige Bitte, in der anderen das gezückte Schwert.

Italien.

Rom, 17. Jan. Um sich die Gereiztheit des Papstes wider die deutschen Regierungen zu erklären, ist es nöthig, die Berichte gewisser Bischöfe an ihn über die überwiegende Stimmung im Vaterlande wohl zu berücksichtigen. Diese sind genau so wie sie sein müssen, um einen alten Mann in seinen einmal gefaßten einseitigen Vorstellungen zu bestärken. Man habe, heißt es in diesen Meldungen, seit dem Ausbruche des Streits in der Reichskammer über das Schulgesetz Alles aufgeboten, den Volkssinn zu trüben und zu verwirren. Man habe Staub in die Luft geworfen und den Schlamm in allen Wassern dazu aufgerührt, doch vergebens. So oft man in den Zwischenräumen spähende Boten ausgesendet, um das Land zu erkundschaften und nachzuforschen, welche Früchte die Mühen getragen, die Späher seien jedes Mal mit der Botschaft zurückgekommen: „Das Volk, es ist wie es zuvor gewesen, alle Betriebsamkeit an ihm war verloren." (Köln. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 21. Januar. Die „Times" ergeht sich heute in einem langen Leitartikel gegen die „Kreuzzeitung", weil diese unlängst die Themata Honolulu, Delagoa-Bei, Khiwa u. s. w. zu einem bitteren Angriffe gegen England benutzt hatte, einem Angriffe, der die „Times" an die Tage Ludwig Philipp's und an die Artikel des „National" und „Siècle" über das „perfide Albion" erinnert, den sie aber doch nicht als den Ausdruck der denkenden Kreise Deutschlands betrachten will. — Man braucht in England übrigens nur zuzusehen, wie die „Kreuzzeitung" über die neuen Vorlagen des preußischen Kultusministers herfällt, um den Schluß zu ziehen, daß das feudale Blatt nicht etwa die Ansichten der preußischen Regierung vertritt. Wo möglich noch weniger vertritt es die Ansichten Deutschlands, wie dies die „Times" ja selbst erkennt. Diesmal hätte die „Times" sich daher ihre Mahnung, daß Deutschland sich einen befreundeten Staat durch Großsprecherei nicht entfremden möge, sparen können.

Rußland und Polen.

⩍ **Petersburg**, 21. Januar. Einige Aufmerksamkeit erregt hier die Brochure des polnischen Obersten Wierzbinski: „Ein Wort der Wahrheit an die Polen", in welcher das alte Thema behandelt wird, daß die polnische Nationalität einzig durch einen engen Anschluß an Rußland gerettet werden könne, mit dem sich also die Polen zu einem „Slawischen Bündnisse" vereinen müssen. Für dieses Bündniß plädirt auch die „Correspondance slave", welche zugleich aus Paris die Nachricht bringt, daß sich dort eine sehr bedeutende Partei unter den polnischen Emigranten gebildet habe, welche für die Annäherung der Polen an Rußland Propaganda macht und die russische „Intelligenz" auffordert, die Anstrengungen dieser Partei zu unterstützen. Auf alles dieses entgegnen die „Birschewije Wiedomsoti", daß die russische Intelligenz unbedingt dieser neuen Partei ihre Aufmerksamkeit widmen wird, wenn sie sich wirklich als bedeutend und ernst erweist; sie wird sogar sehr gern bereit sein ihr zu helfen, wenn es sich herausstellt, daß sie keine ephemere Erscheinung ist.

Es ist interessant, im „Anzeiger für Preßangelegenheiten" nachzulesen, welche Verwüstungen die geistliche Zensur in einer Zeit von drei Monaten (1. September bis 1. Dezember v. J.) unter den ihr unterbreiteten neuen Büchern und Broschüren angerichtet hat Die deutsche Literatur ist dabei in erster Linie mitgenommen. Aus einer Anzahl von 285 deutschen Büchern sind viele stellenweise Streichungen unterworfen und folgende ganz verboten worden: 1) „Blicke in die Urwelt": 2) Bolanden, „Russisch"; 3) Brandes, „Die Hauptströmungen der Literatur des 19. Jahrhunderts"; 4) „Die starke Brunhild"; 5) Büchner, „Der Mensch und seine Stellung in der Natur"; 6) Herbert, „Aus der Zeit" (1. Bd.); 7) „Im neuen Reich", No. 47; 8) Renatus, „Verfall, Nutzlosigkeit und Schädlichkeit der heutigen römisch-katholischen Kirche"; 9) „Skandalgeschichten europäischer Höfe" (9. Bd.); 10) Specht, „Theologie und Wissenschaft"; 11) Spiller, „Gott im Lichte der Naturwissenschaften"; 12) Strauß, „Der alte und der neue Glaube"; 13) „Theologische Studien und Kritiken" (1. Heft, 1853); 14) Tischendorff, „Die evangelische Allianz-Deputation an Kaiser Alexander"; 15) „Der Festesbote" (No. 6.—8); 16) Welchen Werth haben die christlichen Glaubenslehren?"; 17) „W. F. Walter, Pastor in Livland„.

Griechenland.

Athen, 19. Januar. Die Wahlaussichten im Lande haben sich derart gestaltet, daß dem Ministerium Deligiorgis keinerlei Hoffnung mehr bleibt, die Majorität der Stimmen zu gewinnen. Die Anhänger des jetzigen Kabinets werden nur eine sehr schwache Minorität bilden. Diese Sachlage wird aber auf die Lösung der Laurionfrage von bedeutendem Einflusse sein. Die französische Regierung notifizirte nämlich der diesseitigen offiziell, daß sie, den Vorschlägen Oesterreichs nachgebend, in die friedliche Beilegung der Laurionfrage willigte. Die Konzessionäre haben die vorgelegten Bedingungen angenommen, doch fürchtet man in Athen, daß mit dem Falle des Ministeriums Deligiorgis auch die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Streites wieder verschwindet.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Kommission zur Vorberathung der kirchlichen Gesetzentwürfe ist folgendermaßen zusammengesetzt: von Bennigsen (Vorsitzender), Graf Bethusy-Huc (stellv. Vorsitzender), Graf Limburg-Stirum (Schriftführer), von Brauchitsch (Stellvertreter), v. Mallinckrodt, Reichensperger (Koblenz), Bruel, Müller (Berlin), Klotz, Prinz Czartoryski, Hammacher, Gneist, Kannegießer, Clauswitz, Wehrenpfennig, Holtz, Sack, Wagener (Franzburg), Richter (Sangerhausen), v. Langendorff und Graf Schweinitz. Der Abg. Dr. Gneist ist Referent der Kommission, die morgen Abend bereits in die Berathung der Gesetzentwürfe eintreten wird.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Januar.

— Die Nummern der Posener Zeitung und der „Ostd. Ztg." vom 8. Januar sind bekanntlich polizeilich konfiszirt worden, weil sie den über die erste Beschlagnahme gefaßten Beschluß des königlichen Kreisgerichts, worin die auf Deutschland bezügliche Stelle der päpstlichen Allokution allegirt war, mittheilten. In der Untersuchungssache wegen dieser zweiten Beschlagnahme hat nun das kgl. Kreisgericht am 16. d. M. Beschluß gefaßt, der uns soeben mitgetheilt wird. Der Beschluß lautet konform dem ersten, „daß die vorläufige Beschlagnahme der Nr. 12 der Posener und der „Ostd. Z." vom 8. Januar aufrecht zu erhalten." Uebrigens scheint die königl. Staatsanwaltschaft wegen der am 30. Dezember von uns mitgetheilten Allokution, in Folge dessen die erste Beschlagnahme erfolgte, noch keine Anklage erhoben zu haben, denn bis jetzt ist uns noch keine Vorladung zugegangen.

— Bezeichnend für die politischen Anschauungen und Bestrebungen der hiesigen polnischen Parteiorgane ist eine Polemik, die sich aus Anlaß der bekannten Broschüre des Appellationsgerichts-Präsidenten a. D. v. Gerlach: „Kaiser und Papst" unter ihnen entsponnen hat. Der ultramontane „Kuryer Pozn." hatte in einer ausführlichen Analyse dieser Broschüre, die sich durch mehrere Nummern hinzieht und noch nicht zu Ende geführt ist, den ehemaligen Rundschauer der „Kreuzzeitung" als den eifrigsten Vertheidiger der polnischen Nationalrechte und eifrigsten Polenfreund gefeiert und zur scheinbaren Begründung der demselben gespendeten Lobeserhebungen folgenden Passus aus der Broschüre angeführt:

Gegenwärtig sind das Großherzogthum Posen, Westpreußen und Oberschlesien, so weit sie polnisch sind, eine blutende Wunde des deutschen Reichs im Osten, wie Irland es für England ist. Daß die preußische Regierung diese Landestheile als solche betrachtet, ist aus der antipolnischen Motivirung des Schulaufsichtsgesetzes zu ersehen. Aber diese blutende Wunde könnte umgewandelt werden in einen Rubin der deutschen Kaiserkrone, wenn Preußen die Polen im Geiste der Verheißungen des Königs Friedrich Wilhelm III. regieren würde.

Der „Dziennik Pozn.", der diesen ohne die üblichen Anführungszeichen wiedergegebenen Passus für die eigene Meinung seines ultramontanen Kollegen gehalten hatte, erblickte in demselben eine öffentliche Verleugnung der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen und denunzirte dem polnischen Publikum den „Kuryer" in der Weise, daß er den anstößigen Passus, einfach abdruckte und den Schlußsatz beginnend mit den Worten: „Aber diese blutende Wunde u. s. w., durch gesperrten Druck und großen Lettern auszeichnete. Offener gab die ebenfalls ultramontane „Gazeta Tor." ihre Entrüstung über die vermeintliche nationale Opposition des „Kuryer" zu erkennen indem sie sich äußerte: „Der „Kuryer Pozn." schließt in seiner Nr. 15 einen die Gerlach'sche Broschüre „Kaiser und Papst" besprechenden Leitartikel mit einer so fatalen und das polnische Gefühl so tief verletzenden Wendung, daß uns in der That der Muth fehlt, eine solche Meinung einem polnischen Blatte „zuzuschreiben." Gegen diese Verdächtigung seines polnischen Patriotismus vertheidigt sich nun in höchster Entrüstung der „Kuryer" durch die Bemerkung, daß er den anstößigen Passus wörtlich der Broschüre „Kaiser und Papst" entnommen habe, ohne die darin ansgesprochene Meinung zu theilen. Es setzt dieser Bemerkung hinzu: „Wir werden uns nicht zu einer weitern Erklärung erniedrigen. Wir haben nie und nimmer Veranlassung gegeben, uns zu beschuldigen, daß wir um irgend einer Sache willen, und wäre es die heiligste, jemals die Rechte unseres Vaterlandes und unsere gemeinsame Hoffnung verläugnen und aufgeben könnten." Man sieht, die polnische Parteiorgane haben nichts gelernt und nichts vergessen.

— Bei dem hiesigen Domherrn Maryanski, Hauskaplan des Erzbischofs Grafen Ledochowski, hatte sich im Laufe des Oktobers und Dezembers v. J. ein ausländischer Jesuit aufgehalten, welcher von hier aus Reisen nach der Provinz machte, und später ausgewiesen wurde. Hr. Maryanski wurde deswegen heute vom hiesigen Kreisgerichte wegen unterlassener polizeilicher Anmeldung jenes Jesuiten zu einer Geldstrafe von 5 Thlr. verurtheilt. Der Polizeianwalt hatte eine Strafe von 50 Thlr. beantragt.

— **In die Handelskammer** sind an Stelle von sechs ausgeloosten Mitgliedern, den Herren Kommerzienrath B. Jaffe, Stadtrath R. Schmidt, G. Kronthal, L. Jaffe, Ed. Ephraim, M. Hamburger, neue Mitglieder auf drei Jahre zu wählen, und finden die Wahlen am 28. d. M. Vor- und Nachmittags statt. Von polnischer Seite werden diesmal bedeutende Anstrengungen gemacht werden, einige Mitglieder polnischer Nationalität in die Handelskammer hineinzubekommen. Zu Börsenkommissaren sind seitens der Handelskammer pro 1873 ernannt worden die Herren: Jul. Briske, M. Czapski, H. Markus, Tob. Friedmann, Sal. Löwinsohn, Wilh. Kantorowicz (Letzterer an Stelle des Hrn. E. Meyer, welcher ausgeschieden ist).

— **In der polytechnischen Gesellschaft** wurden am Sonnabend verschiedene Proben von Wolle vorgezeigt, welche mit grüner Seife, oder Quillaya-Rinde, oder Schwefelkohlenstoff entfettet worden waren; es stellte sich dabei heraus, daß bei dieser Entfettung die Temperatur meistens mehr Einfluß auf das Resultat hat, als das angewendete Entfettungsmittel. Die fettreichste Wolle enthält nach den Untersuchungen Elsners von Gronow 79% an Fett, matte Kammwollen: 62—64%, Tuchwollen 69—72%. Für den Landwirth erscheint die Anwendung künstlicher Wollwaschmittel zwecklos, da die Tuchfabriken die Operation des Entfettens der Wolle immer noch werden vornehmen müssen; die Hauptsache für den Landwirth dürfte die Anwendung eines guten, weichen Wassers sein. — Erwähnt wurden ferner die Versuche, welche man im südlichen Frankreich gemacht hat, die Sonnenwärme zur Erzeugung von Dampf für Dampfmaschinen zu benutzen; es wurden dabei die Sonnenstrahlen mittelst großer Bleche aufgefangen. Natürlich wird man dabei stets sehr abhängig von der Witterung sein, so daß der Maschinenbetrieb bei bedecktem Himmel ruhen müßte. Hervorgerufen wurden diese Versuche durch den allmälig drohenden Kohlenmangel; doch haben neuere Bohrungen in England ergeben, daß in größerer Tiefe bis zu 2000 Fuß sich noch unerschöpfliche Kohlenlager befinden.

— **An der Realschule** beginnt die schriftliche Abiturienten-Prüfung bereits am 28. d. Mts. Es hatten sich zu derselben sechs Primaner der Anstalt gemeldet, von denen jedoch nur drei zugelassen worden sind.

— **Aufreizungs-Amulette.** Der „Germania" wird aus der Provinz Posen geschrieben, daß die Warnung eines römischen Korrespondenten vor dem frommen Schwindel, welcher mit angeblich vom heiligen Vater approbirten „Herz-Jesu-Skalpuliren" getrieben werde, zu einem Mißverständniß Anlaß geben könne. Hier finden „vielfach Skalpuliere des h. Herzens Jesu mit Wissen und Genehmigung des Herrn Erzbischof Verbreitung, und diese hätten „mit dem genannten Schwindel" (wie stehts mit dem ungenanten?) nichts zu thun. Dieselben haben nicht, fügt der fromme Korrespondent hinzu, die Bedeutung eigentlicher Skapuliere, wie diejenigen Unsere liebe Frau vom Berge Carmel oder von der Unbefleckten Empfängniß; es sind daran keine Pflichten geknüpft und auch keine anderen Gnaden als diejenigen, welcher überhaupt allen Verehrern des h. Herzens Jesu versichert sind. Ihr Zweck ist lediglich, die Andacht zum h. Herzen Jesu zu fördern und die Gedanken des Herrn Erzbischofs von Posen verwirklichen zu helfen, die derselbe ausgesprochen, indem er zum Texte seines Pastoralschreibens aus Anlaß der feierlichen Weihe der Diözese Gnesen und Posen dem h. Herzen Jesu am 8. Dezember v. J. die Worte der Schrift nahm: „Ponam te ut signaculum super cor meum!"

— **Der Bau** des poln. Theaters soll nach den Anschlägen 70,000 Thlr. kosten und wird beginnen, sobald die Witterung dies gestattet, so daß voraussichtlich das Gebäude schon während der nächsten Wintersaison zu Vorstellungen benutzt werden kann. Doch fehlt es noch immer an den erforderlichen Mitteln, da die Ratenzahlungen bis jetzt noch nicht sämmtlich erfolgt sind.

— **Zur Erinnerung** an den Beginn der letzten polnischen Insurrektion i. J. 1863 hatten am Mittwoch (22. Januar) die hier wohnhaften damaligen Mitkämpfer in jenem Aufstande sich zu einem bescheidenen Mahle vereinigt.

— **Verkauf.** Das Ritschke'sche Grundstück, Bäckerstr. Nr. 6, ist für 35,000 Thlr. an Herrn Kaufmann Gintrowicz verkauft worden.

— **Auf der Wallischei** befinden sich bekanntlich die Rinnsteine in einer traurigen Verfassung, indem sie einerseits kein Gefälle haben, andererseits aber auch so tief eingeschnitten sind, daß die Reinigung derselben schwer auszuführen ist. Nachdem schon Jahre lang Klagen über diesen Zustand geführt worden waren, hat nun endlich auf Antrag des Polizeidirektoriums die kgl. Regierung die beträchtliche Summe von 3900 Thlr. zur Regulirung dieser Rinnsteine ausgeworfen. Die Arbeiten sollen bereits im Frühlinge d. J. beginnen und in der Art ausgeführt werden, daß nicht allein die Rinnsteine höher gelegt und mit Gärnituren versehen, sondern auch der Straßendamm neben den Rinnsteinen erhöht werden soll, damit schwer beladene Wagen, wie dies häufig genug vorgekommen ist, bei Winterglätte nicht mehr seitwärts in den Rinnstein hinein rutschen können.

— **Eine Lumpensammlerin**, vulgo „Naturforscherin" fan neulich beim Durchstöbern eines Gemüllkastens einen c. 6monatlichen Fötus.

— **Unfall.** Die Frau eines alten würdigen Beamten, der bereits sein 50jähriges Jubiläum gefeiert, fiel am Mittwoch in einem Hofe der Schifferstraße so unglücklich von einer Bank, daß sie dabei den linken Oberschenkel brach und nach der Diakonissenanstalt geschafft werden mußte.

— **Ueber das schwedische Damen-Quartett**, welches hier am nächsten Sonnabend zum ersten Male auftritt, berichtet die „Nat.-Ztg." wie folgt:

Das schwedische Damen-Quartett gab am Sonnabend sein Abschieds-Konzert. Die bis auf den letzten Platz gefüllten Räume der Singakademie und die massenhaften Beifallsspenden bezeugten, wie sehr es sich in die Gunst des Publikums hineingesungen. Seine Leistungen sind in ihrer Art mustergiltig und deshalb des höchsten Lobes werth, wie eng auch das Gebiet ist, auf dem sie sich bewegen. Die glockenreine Intonation, die durchsichtige Klarheit und Sauberkeit des Vortrages, die feinfühlige Behandlung des Rhytmischen und Dynamischen, die innige Eintracht und rege Gegenseitigkeit zwischen den vier Stimmen, alles das vereinigt sich zu einer Gesammtharmonie, welche mit ihrem freundlichen Zauber Ohr und Gemüth des Hörers bestrickt. In den schwedischen Nationalgesängen, die den Hauptbestand des Programms bilden, kommt als besondere Würze noch die Eigenthümlichkeit des musikalischen Lokalkolorits hinzu. Die Wehmuth herrscht in ihnen als Grundtonart der Empfindung. Ein ebenso seltener Gast ist ihnen die Freunde, wie dem Lande, aus welchem sie stammen, der helle, warme Sonnenschein. Selbst der Ausdruck der Lust hat hier etwas Gedämpftes, Umwölktes, Ueberschleiertes. Solchem Charakter gemäß haben sich unsere nordischen Nachtigallen vornämlich die Pflege des Piano angelegen sein lassen. Bis in die leisesten, duftigsten Schattirungen sättigen sie es mit quellendem Wohllaute. Wie Gesang der Geister über dem Wasser klingt ihre süße Klage. Hervorgehoben haben wir bereits den außerordentlichen, bis ins kleine C herabreichenden Umfang des zweiten Akts und die ungemeine Lieblichkeit des ersten Soprans, einer echten Ingeborgstimmme.

— **Diebstähle.** Aus einem hiesigem Gasthofe auf St. Martin hat ein sauberes Ehepaar, welches vorgab, in Gnesen wohnhaft zu sein, in der Nacht vom Dienstage zum Mittwoch zwei Satz Betten gestohlen. — Verhaftet wurde ein Frauenzimmer, welches der Frau eines hiesigen Schlossermeisters einen werthvollen Mantel nebst Unterröcken pp. gestohlen; den Mantel hatte das Frauenzimmer in einem hiesigen Pfandhause versetzt. Ferner verhaftet wurde ein 19jähriger Bursche, welcher mit einer schweren Eisenbahnkette betroffen wurde und vorgab, dieselbe auf der Schwersenzer Chaussee gefunden zu haben; ebenso zwei Individuum, welche von einem hiesigen Bauplatz einige Balken gestohlen. Dem Haushälter eines Hotels wurde eine Kiste mit Kleidungsstücken von einem Menschen entwendet, welchem er jene Kiste zur Beförderung übergeben hat.

— **Berichtigung.** In unserem gestrigen Leitartikel muß es heißen: „obwohl von den 11 Millionen Morgen Land der zwanzigste Theil aus königl. Forsten besteht." — In der Korrespondenz aus dem Schrimmer Kreise ist am Schluß „Steuerfähigkeit" anstatt Stimmfähigkeit zu lesen.

⊙ **Bomst**, 22. Jan. [Seperation.] Die schon über 20 Jahren andauernde Separation unserer Stadt ist nun endlich so weit gediehen, daß in dem letztvergangenen Herbste den einzelnen Besitzern ihre neuen Pläne angewiesen worden sind. Die neue Planlage bedingt den Bau neuer Wege und Brücken. Die von der Stadt zur Wahrnehmung der Rechte der Interessenten gewählten Deputirten sind der Ueberzeugung, daß die durch andauernde Zahlung der sehr bedeutenden Separationskosten stark in Anspruch genommene Kommune das zum Bau der Wege und Brücken erforderliche Kapital unmöglich durch Repartition aufbringen könne, sondern daß sie dazu vielmehr ein Darlehn aufnehmen müsse. Die Deputationen wollen deshalb einen derartigen Antrag schriftlich an den Bürgermeister richten und im Falle der Abweisung das Sachverhältniß der Auseinandersetzungsbehörde mittheilen, damit diese den obigen Bau anordnen resp. ausführen lasse. Es wäre für die Stadt nicht gut, wenn dieser Fall wirklich einträte, da auf solche Weise die Baukosten sich bedeutend höher stellen würden.

t. **Obersitzko**, 22. Januar. [Vorschußverein.] Der Jahres-Rechnungs-Abschluß des hiesigen Vorschuß-Vereins pro 1872 gewährt folgende Uebersicht: Mitgliederzahl 243; an Vorschüssen sind im Laufe des Jahres 61,556 Thlr. in Höhe von 5 bis 500 Thlr. gewährt worden. Der Geschäfts-Ertrag belief sich auf 1241 Thlr., wovon nach Abzug von 776 Thlr. Zinsen und Geschäftsunkosten den Mitgliedern eine Dividende von 13⅓ Prozent und dem Reserve-Fonds 80 Thlr. zufallen. Aktiva wie auch Passiva des Geschäfts betragen 18,803 Thaler.

Theater.

24. Januar: Die schöne Galathee von Suppé.

Diese bekannte und beliebte Operette weist manche Vorzüge vor den Offenbachschen auf. Es sind Gestalten von Fleisch und Blut, die uns hier entgegen treten; der germanische Typus ist ihnen aufgeprägt, und keine unnatürliche und aufgebauschte Haltung verzerrt uns ihr Bild. Der Kunstenthusiast, der junge Bildhauer, der Diener Ganymed und selbst diese wunderliche, der griechischen Mythologie entnommene Galathee sind aus dem Leben gegriffen. Aus dem einfachen Sujet entwickelt sich eine spannende Handlung, welche eben so überraschend abschließt, wie sie sich entsponnen hat. Hin und wieder sind die Effekte mit dramatischer Meisterschaft angelegt. So die Szene, wo sich der Marmor belebt; freilich ist Shakespeare der eigentliche Erfinder derselben, aber wir vergessen gern diesen Mangel an Originalität. Was ins Hochkomische und Burleske greift, ist noch immer Geist von unserm Geist und macht keine Anleihe weder bei dem Unmöglichen, noch bei dem Blödsinn. Die Musik allerdings hat keine genialen Züge, keine sinnbethörende Gewalt, allein sie ist gesund, ausdrucksvoll und populär. Das erste Terzett z. B. gewinnt uns durch Gefälligkeit und klare Charakteristik. Midas, der „feine Mann", kennzeichnet sich so drastisch als komisch, das Kußduett ist lieblich und mit rhythmischen nalleffekten ausgestattet, und die „klassischen Griechen" treten unter einer köstlichen Folie von Ironie, Stolz und Schelmerei an's Tageslicht. Der Flöte und des Fagotts wäre hier zu erwähnen, welche ihre Sache sehr gut machten. Namentlich aber ist die Buffonerie des „Weiter nichts?" von schlagender Wirkung. Der Darsteller des Midas wußte seiner Stimme das Mögliche abzugewinnen, half sich überall mit Geschick und verdarb nichts. Wir hätten dem urkomischen Abbild seines übelhörigen, langohrigen Originals noch mehr Sünden gegen Apollo verziehen. Frl. Lina Mayr in ihrer plastischen Haltung als Statue, in ihren drolligen Wandelungen, in ihrer Gesangstechnik, welche auch sehr schwierigen Fiorituren gewachsen war, erfreute sich großen Beifalls. Das Haus war gefüllt, während zwei Tage vorher bei der Aufführung der „schönen Helena" schon eine bedenkliche Abnahme der Frequenz sich bemerklich machte.

Nach dem Genrebild „Ein Wort an den Minister" &c. folgte zum Schluß: Eine gebildete Köchin, Gesangsposse von Storch. Diesem läppischen Zeuge konnten wir durchaus keinen Geschmack abgewinnen, wenn auch Frl. Lina Mayr aus den werthlosen Lappen ein ganzes Kleid zusammenflickte. Das Geistvollste daran sind noch die Variationen auf: „Es war einmal ein Kupferschmied", aber „Eduard und Kunigunde" bieten ein ebenso geistreiches Thema dar. Alles in Allem, Form und Inhalt gleichen leerem Stroh.

≅ Der Bergwerk- und Hüttenbetrieb in der Provinz Posen im Jahre 1871.

Ein Steinkohlengewinn hat in der diesseitigen Provinz nicht stattgefunden, dagegen sind auf 4 Gruben durch 52 Arbeiter im Regierungsbezirk Posen 197,112 Ztr. Braunkohlen im Werthe von 9953 Thlr. und in dem bromberger Bezirk in einer Grube durch 13 Arbeiter 39,648 Zentner Braunkohlen im Werthe von 1542 Thlr. gewonnen worden. Der durchschnittliche Werth eines Zentners Braunkohle betrug 1,38 Sgr., gegen 1,25 im Jahre 1870 die durchschnittliche Leistung eines Arbeiters 3790 Zentner, gegen 3563 Zentner im Jahre 1870. Im Regierungsbezirk Posen ist zu den drei vorhandenen Gruben die Grube Bielsko hinzugetreten und sind gegen das Jahr 1870 33,864 Ztr. im Werthe von 1904 Thlr. mehr gewonnen worden. Die im Regierungsbezirke Bromberg im Betriebe gewesene Grube Maria bei Goscieradz hat eine Vermehrung der Produktion um 2556 Ztr. im Werthe von 100 Thlr. gegen das Vorjahr erzielt.

Was die Bohrarbeiten betrifft, so hatte das bei Inowraclaw zur Auffuhrung von Steinsalz im Jahre 1870 angesetzte Bohrloch zu Anfang des Jahres 1871 eine Tiefe von 110 Meter, es stand im blaugrauen, dunne Gypslagen einschließenden Thon und erreichte mit 111 Meter Tiefe den festen geschlossenen Gyps. Die Mächtigkeit des Letzteren betrug 20,08 Meter und unter demselben folgte bei 131 Meter Tiefe ein Lager von sehr reinem Steinsalz. In letzterem ist bis jetzt bis zu 313,85 Meter Tiefe gebohrt worden. Der Bohrlochdurchmesser beträgt 19 Zoll. Gleichzeitig wurden in der Nähe des Tiefbohrlochs noch 2 andere Bohrlöcher 18 Zoll Durchmesser angesetzt, in welchen das eine in Tiefe von 133 Meter, das andere in 134 Meter Tiefe das Steinsalzgebirge erreicht hat. Die Anlegung einer Saline bei Inowraclaw wird vorbereitet.

An Hüttenprodukten sind Gußwaaren aus Roheisen im Regierungsbezirk Bromberg in 8 Werken 26,990 Ztr. im Werthe von 87,196 Thlr. durch 185 Arbeiter gewonnen worden. Ebenso sind an Stabeisen inkl. Eisenbahnschienen auf einem Werke im Regierungsbezirk Posen 300 Ztr. im Werthe von 1150 Thlr. durch 5 Arbeiter und auf einem Werke im Regierungsbezirke Bromberg 3400 Ztr. im Werthe von 9600 Thlr. durch 15 Arbeiter produzirt worden.

Auch schon hieraus ersieht man, daß die Provinz für die Industrie durchaus nicht ungeeignet ist, und wenn der Staat mehr als bisher uns materielle Hilfe bringen wollte, so würde die deutsche Betriebsamkeit schon dafür sorgen, im Verlauf weniger Jahrzehnte Posen zu einer der blühendsten Provinzen zu erheben.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Die Einordnung des israelitischen Religionsunterrichts** in die Volksschule — so lautet der Titel einer Broschüre, welche der Ausschuß des deutsch-israelitischen Gemeindebundes veröffentlicht hat. Derselbe erstrebt mit Ausschluß aller Parteifragen die Pflege und Förderung der gemeinsamen israelitischen Verwaltungs-, Bildungs- und Unterstützungsangelegenheiten und hat sich unter anderem auch die Fürsorge für einen guten Schulunterricht zur Aufgabe gemacht. Er ist mit den nachfolgenden Thesen, welche sein Referent, Adv. Emil Lehmann in Dresden, aufgestellt hat, einverstanden und hat darüber gutachtliche Aeußerungen bedeutender Mitglieder des Gemeindebundes extrahirt. Diese Thesen lauten; 1. der Unterricht in der jüdischen Religion ist dem in der christlichen Religion vollkommen gleichberechtigt. 2) So lange die öffentlichen Schulen nicht konfessionslos sind, ist es ein Recht, aber keine Pflicht der israelitischen Gemeinden, besondere Elementarschulen zu halten. 3) Ein Zwang zum Besuche der jüdischen Elementarschulen ist unzulässig. 4) Die erste Pflicht jeder israelitischen Religionsgemeinde ist die Fürsorge für den Religionsunterricht. 5) Derselbe ist dort, wo die Verhältnisse es gestatten, z. B. in kleinen Gemeinden mit nur einer Volksschule, im Volks-Schullokal möglichst gleichzeitig mit dem christlichen Religionsunterricht zu ertheilen. 6) Die Zensurtabellen sind in der Rubrik über Religion für jüdische Kinder von ihrem Religionslehrer auszufüllen. 7) Die Gymnasien und Realschulen haben auch ihren jüdischen Schülern Religionsunterricht zu ertheilen. 8) Dem Staate und der politischen Gemeinde liegt die Pflicht ob, die jüdischen Religionslehrer so zu besolden und zu pensioniren, wie die christlichen. — Das Nähere ist ausführlich von den Verfassern der verschiedenen Gutachten, wie sie in der oben genannten Broschüre enthalten sind, behandelt, nämlich von den Herren Rektor Horwitz in Berlin, Lehrer und Redakteur Klingenstein in Oberingelheim, Rabbiner und Redakteur Dr. Philippson in Bonn und Rabbiner Dr. Rahmer in Magdeburg. Schon zwei Jahre früher hat der Rabbiner und Prediger in Kolberg, Herr Dr. Goldschmidt dieselbe Frage eingehend und mit der Wärme der Ueberzeugung angeregt. (S. das Schulprogramm der Religionsschule der Synagogen-Gemeinde zu Kolberg.

* „Deutsche Warte." Das erste Januarheft hat folgenden Inhalt: Hermann Grimm über Raphael. Von Alfred Woltmann. Umschau in der Literatur Englands mit Berücksichtigung der Amerikanischen. Von H. B. Das neueste Buch von D. F. Strauß und die Protestanten Bibel. Von Dr. P. W. Schmidt. Paris vor, während und nach dem deutschen Kriege. Von Bruno Meyer. Historisch politische Umschau. Von v. Wydenbrugk. Bücherschau: I. Neue Erscheinungen. — II. Kritische Besprechungen. Kleine Umschau: Ein neu entdeckter Teppich von Leonhard Thurneißer.

Vermischtes.

* **Berlin**. In keiner Fraktion des Abgeordnetenhauses schreibt die „Tribüne" sind die Rollen so geschickt vertheilt, die Fächer so wirksam besetzt wie in der des Zentrums (Jesuiten-Lager.) Für staatsrechtliche Fragen plaidirt Peter Reichensperger, für streng juristische Mallinckrodt, für Finanz- und Kunstangelegenheiten August Reichensperger, für Agrar-Angelegenheiten, namentlich für Schwarzwild, von Schorlemmer. Für Skandalmachen, persönliche Bemerkungen agiren vor Allem Windthorst (Meppen) und in zweiter Reihe Mallinckrodt. Welche Rolle dem alten Gerlach zugedacht ist, muß sich noch zeigen, böse Zungen meinen, die der lustigen Person wider Willen. Inzwischen ist noch Einer da, der ein ganz eigenes Geschäft betreibt: es ist der Claqueur und Rieur der Gesellschaft, zu Deutsch der Beifallsklatscher und Lacher. In der vordersten Reihe sitzt der stattliche Herr stets ganz grau gekleidet, im Winter in dunkler, im Sommer in heller Nüance. Dieser Farbe entspricht sein reiches, glattgescheiteltes graues Haupthaar, der gleichfarbige Schnauz- und Knebelbart. — Die Tribünen des Abgeordnetenhauses sind seit dem Beginn der Debatten über die auf die klerikale Frage bezüglichen Gesetzentwürfe täglich, und zwar fast ausschließlich von einem ebenso distinguirten als aufmerksamen Publikum überfüllt. Einen großen Theil davon bilden geistliche Herren von hier und aus der Provinz, doch bemerkt man auch weibliche Mitglieder religiöser Körperschaften und Orden. Auch aus dem Auslande, namentlich aus Oesterreich waren, wie während der namentlichen Abstimmungen in den verschiedensten Idiomen und Sprachen oft sehr lebhaft geführten Kontroversen ergeben, sehr zahlreiche Gäste aus Interesse für die Entscheidung der vorliegenden Fragen erschienen.

* **Bismarck als Nimrod.** Einer Mittheilung aus Lauenburg (wo der Reichskanzler sich voriger Woche aufhielt) entnimmt die „Kieler Ztg." Folgendes: Fürst Bismarck wird schwerlich mehr zur Hasenjagd nach Barby gehen, wo er bekanntlich in früheren Jahren einige hundert Hasen in wenigen Tagen todt auf dem Platze liegen ließ. Er liegt hier gleichfalls dem edlen Waidwerk ob, begleitet von einem seiner Söhne, der sich zum Diplomaten ausbildet. Es galt hier dem Hochwilde unseres großen Sachsenwaldes. Die Theilnehmer der Jagd erzählen jedoch, daß die Gesundheit des Fürsten ihm keinen Parforceritt gestattet. Selbst wenn er sich auf dem Anstande befindet, fällt ihm das Gehen und Stehen sehr beschwerlich. In seiner Umgebung wurde bemerkt, daß Nimrod jetzt sitzend jage und Nichts treffe. Bismarck soll dies gehört und den Scherz heiter aufgenommen haben.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 24. Januar.

KRUG'S HOTEL. Fabrik. Misterski a. Brandenburg a. H., Post-Assistent Horlitz a. Filehne, die Kaufl. Scholz u. Streel a. Liegnitz, die Handelsl. Stefanski a. Neustadt b. P., Kotte u. Jaritz a. Rüdiesgeshagen, Gebr. Leciejewicz a. Neutomysl, Groß a. Halle a. S., Weber a. Glogau, Fengler a. Neutomysl, Niemann a. Breslau, Gärtner Wolke a. Schwiebus, Oekonom Schumann a. Meseritz, Gymnasiast Wundmann a. Breslau.

Bekanntmachung.

Es werden abgelassen:

1) die zweite Personenpost von Ostrowo nach Oels aus Ostrowo 10 Uhr Abends;
2) die Personenpost von Neustadt a./W. nach Schrimm aus Neustadt a./W. 9³⁰ Vorm.;
3) die Personenpost von Lissa nach Jarocin aus Lissa 9⁵⁰ Abends;
4) die Personenpost zwischen Kriewen und Lissa aus Kriewen 5³⁰ früh, aus Lissa 6³⁰ Abends;
5) die Kariolpost von Schildberg nach Antonin aus Schildberg 9⁴⁵ Abends.

Posen, den 20. Januar 1873.

Kaiserliche Ober-Post-Direktion.

(Beilage.)

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1356 die Firma **August Sniechotta**, Ort der Niederlassung **Posen**, und als deren Inhaber der Kaufmann August Sniechotta zu Posen zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 16. Januar 1873.

Königliches Kreisgericht.
1. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Neu Dębno** unter **Nr. 1** belegene, dem Wirth **Stanislaus Maychrzak** und dessen Ehefrau **Apolonia** geb. **Gołata** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 7 Hektaren 82 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 29 Thlr. 18 Sgr. $10\frac{4}{5}$ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 20 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag, d. 8. April cr.,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale der Gerichtstagskommission zu Stenszewo versteigert werden.

Posen, 16. Januar 1872.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.
gez. *Keyl.*

Bekanntmachung.

Am 16. Januar d. J. ist die Dienstmagd **Ginter** aus **Kwilcz** auf dem Wege zwischen Weidenvorwerk und Lomnitz Kreis Meseritz in der Nähe des Ernestinowoer **Waldes** von einem unbekannten Manne angefallen und unter mehrfachen Mißhandlungen gewaltsam beraubt worden. Namentlich sind der Ginter etwa $2\frac{1}{2}$ Pfund frischer ungeräucherter Speck, eine Quantität rothe Strickwolle, ein aschgraues wollenes Halstuch mit rothem Rande und ein weißes Taschentuch, in welches 2 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf. eingewickelt waren, entrissen worden. Das geraubte Geld bestand außer in mehreren $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Thalerstücken und einem Dreipfennigstück in einem größeren neuen Silberstück aus dem Jahre 1872 (Thaler?) welchem das Brustbild einer Frau aufgeprägt gewesen sein soll.

Der Thäter, welcher polnisch sprach, war von mittlerer schlanker Statur, hatte dunkelblondes Haar, große Augen und ein längliches blasses Gesicht. Er trug ein kurzes braunes Jaquet, Beinkleider, welche unten zerrissen waren, eine schwarze Schirmmütze, eine schwarze Halsbinde und ledernes Schuhwerk mit Gummizug und Oesen.

Jeder, welcher etwas über die Person des Thäters oder den Verbleib der geraubten Sachen anzugeben vermag, wolle mir hiervon sofort Nachricht geben. Die Polizeibehörden werden ersucht, auf den Thäter und die geraubten Sachen zu vigiliren, im Betretungsfalle ersteren zu verhaften, letztere in Beschlag zu nehmen und mich von dem Geschehenen alsbald zu benachrichtigen.

Meseritz, den 22. Januar 1873.

Der Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Anfertigung von neuen Decklagen pro 1873 auf der Posen-Schweriner Staats-Chaussee erforderlichen Chaussirungsmaterialien als
1) 135 Kbm. Chaussirungssteine, Lieferungsstrecke zwischen Lubosz zu Pinne
2) 450 Kbm. Chaussirungssteine, Lieferungsstrecke zwischen Michałowo und Sytkowo,
3) 216 Kbm. Chaussirungssteine, Lieferungsstr. zwischen Jerzyce u. Posen,
4) 85 Kbm. gebarster Kies, Lieferungsstrecke zwischen Michałowo u. Sytkowo,
5) 40 Kbm. gebarster Kies, Lieferungsstrecke zwischen Jerzyce und Posen

soll im Wege öffentlicher Lizitation verdungen werden, und habe ich hierzu auf

Dienstag, d. 28. Jan. cr.,
Mittags 1 Uhr,

einen Termin in meinem Bureau hierselbst angesetzt, zu welchem Lieferungslustige hiermit eingeladen werden.

Samter, den 20. Januar 1873.

Der Kreisbaumeister.
O. Hirt.

Auction.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich **Montag, den 27. Januar cr.**, früh 9 Uhr, im Auktionslokale **Sapiehaplatz Nr. 6**, zu einem Restaurations-Geschäft sich eignende Möbel 2c. als 1 Buffet, 1 Schanktisch mit Marmorplatte, Sophas, eine Anzahl Tische und Stühle, Cigarren, Gläser, einige Flaschen Wein, Fenstergardine, Oelgemälde 2c. 2c. meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Grosse,
Kgl. gerichtl. Auktions-Kommissarius.

☞ Durch besondere Umstände nicht rechtzeitig zum Abdruck gebracht.

Prospect (Auszug.)

Der seit längerer Zeit und von verschiedenen Seiten angestrebte, bisher aber an fortifikatorischen und anderen unüberwindlichen Schwierigkeiten gescheiterte Plan zur Erbauung eines

Logirhauses nebst Casino für Bad Colberg,

wird nunmehr zur sicheren Ausführung gelangen. Ein Terrain von über **40,000 Quadrat Fuß** im schönsten und gesundesten Theile des Badverkehrs zwischen Promenade und Pfannenschmiede belegen, und beide Fronten begrenzend ist käuflich erworben und mit dem 1. Januar 1873 wird der Bau dieses aus dringendem Bedürfniß hervorgehenden Etablissements beginnen, um, so Gott will, zur nächstjährigen Saison als ein neuer Schmuck unserer Münde, soweit als irgend möglich, jedenfalls aber größtentheils zur Benutzung vollendet zu sein.

Zur Ausführung des Unternehmens wird eine Aktien-Gesellschaft mit einem Grund-Kapital von 75,000 Thlr. gebildet, welche abzüglich einer festen Hypothek von 12,000 Thlr. zu den nachstehenden Subskriptions-Bedingungen mit annoch

63,000 Thalern zum Pari-Curse

in Aktien von 100 Thlr. ausgegeben werden sollen.

Wer sich für das Unternehmen interessirt und dasselbe unterstützen, zugleich aber damit eine vortheilhafte Kapitalanlage verbinden will, beliebe den **detaillirten Prospect** nebst Rentabilitätsberechnung an den untenbenannten Zeichnungsstellen entgegenzunehmen, woselbst auch photographische Ansichten von dem beabsichtigten Bauwerke ausliegen werden.

Colberg, im November 1872.

Das Gründungs-Comité
zur Erbauung eines Logirhauses nebst Casino auf Actien zu Colberger-Münde.

R. von Schröder-Lübchow. Landrath und Rittergutsbesitzer, Vorsitzender.
Dr. Bodenstein. Sanitätsrath.
Dr. Günther von Bünau. Sanitätsrath.
Dr. jur. Heimann. Stadtrath in Breslau.
Dr. Hirschfeld. Sanitätsrath.
C. Lehment Consul.
Michaëlis. Rathsherr.

Subskriptions-Bedingungen.

§ 1. Die Subskription zur Uebernahme von

63,000 Thlr. Actien in 630 Stück à 100 Thlr.

an das

Logirhaus nebst Casino zu Colbergermünde

findet am 27. und 28. Dezember cr.

in **Colberg** bei dem Herrn Consul **C. Lehment**,
„ „ „ „ „ **Herm. Kröning**,
„ **Cöslin** „ „ „ **P. Löwinberg**,
„ **Stolp** bei dem Herrn Commerzienrath **A. Heymann**,
„ **Berlin** bei der **Berliner Vereinsbank (vorm. A. Lilienhain)**, Oranienstr. 140,
bei dem Herrn **R. Fränckel**, Gr. Friedrichstraße 57,
„ **Stettin** bei dem Herrn **Ludewig & Dürr**,
„ **Breslau** bei dem Herrn Hoflieferant **Albert Fuchs**, Schweidnitzerstraße 49,
„ **Posen** bei dem Herrn **S. Litthauer**,
„ **Warschau** bei den Herren **Gebrüder Partowicz**

zum Paricurse in den üblichen Geschäftsstunden statt.

§ 2. Bei der Subskription sind 10 % des Nominalbetrages als Caution baar zu erlegen. Die Einzahlung weiterer 30 % muß bis zum 15. Januar 1873 erfolgen, während die Zahlung der letzten 60 % erst im nächsten Frühjahr nach Bedarf und nach vorangehender 4wöchentlicher Aufforderung zu geschehen hat. Eine Vergütung von Zinsen findet nicht statt, wogegen die Herren Aktionäre ab 1. Januar 1873 an dem Reingewinn von 1873 partizipiren.

§ 3. Die Zahlung der beiden ersten Raten erfolgt gegen Interimsquittung, gegen deren Rückgabe bei Zahlung der letzten Rate die Originalaktien nebst zehnjährigen Dividendenscheinen ausgehändigt werden.

§ 4. Im Falle einer Ueberzeichnung bleibt eine Reduktion vorbehalten.

§ 5. Säumige Aktionäre gehen ihres Anrechtes aus der Zeichnung der Aktien und der geleisteten Theilzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig.

Bekanntmachung.

Der **Schlußtermin** zur Entgegennahme von Zeichnungen auf die Aktien des

Logirhauses nebst Casino für Bad Colberg

wird hierdurch, in Folge der augenblicklichen trüben Lage des Geldmarktes, bei sämmtlichen Zeichnungsstellen **bis zum 30. Januar 1873** hinausgeschoben. Es müssen aber spätestens bis an diesem Tage, außer der Kaution von 10 % zugleich auch die laut § 2 der Subskriptions-Bedingungen am 15. Januar fut. fällig werdende 2. Rate von 30 % zusammen also 40 Thlr. pro Aktie baar eingezahlt werden.

Detaillirte Prospekte bei allen Zeichnungsstellen,
in **Posen** bei Herrn **S. Litthauer.**

Colberg, den 27. Dezember 1872.

Das Comité
zur Erbauung eines Logirhauses nebst Casino auf Actien zu Colberger-Münde.
R. von Schroeder-Lübchow,
Landrath und Rittergutsbesitzer.
Vorsitzender.

Für einen Thaler

30 Flaschen Bairisch Bier excl. Glas frei in's Haus empfiehlt

Gustav Wolff,
12. Breitestr. 12.

Berlin, im Januar 1873.

P. P.

Auf Wunsch einer größeren Zahl von Abnehmern unseres Fabrikats werden wir in nächster Zeit unter Aufsicht des Rabbiners

Herrn **Dr. Hildesheimer** hierselbst

ein größeres Quantum

Oster-Zucker

sowohl **in Broden** als auch **gemahlen** anfertigen lassen.

Aufträge nach außerhalb müssen uns jedoch rechtzeitig erbitten

Achtungsvoll
Die Direction
der Berliner Zucker-Raffinerie
(Actien-Gesellschaft.)

In unserem Verlage ist erschienen:

Comtoir-Wand-Kalender für 1873.

Im Dutzend 24 Sgr., einzeln $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Posen.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel).

Circus Salamoński

auf dem Kanonenplatz.

Morgen Sonnabend den 25. Januar 1873, Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr:

Gala-Vorstellung.

Sonntag den 26. Januar 1873:

2 Vorstellungen:

Nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr: Kinder-Vorstellung.
Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr: Große Vorstellung.

☞ Alles Nähere besagen die Anschlage- und Austragezettel. ☜

Ein feines Tuch- u. Herren-Garderobe-Geschäft

in einer lebhaften verkehrsreichen Stadt der Provinz Posen, welches zur Zeit 9 Arbeiter auf Kundschaft beschäftigt, ist Verhältniß halber sofort, oder auch zu Michaelis d. J.

zu verkaufen.

Zur Annahme sind 4000 Thlr. erforderlich. Offerten befördert unter *F. 8465* die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in **Berlin**.

1500 Stück Eichen

werden in großen und kleinen Loosen

am 10. Februar c.,
Nachmittags 1 Uhr,

in ***Jelonek*** an der Gnesener Chaussee, eine schwache halbe Meile von der Stadt und der Eisenbahnstation Gnesen belegen, **öffentlich meistbietend versteigert werden.**

Die Verkaufs-Bedingungen, sowie das Vermessungs-Register können vom 1. Februar ab bei der unterzeichneten Forst-Verwaltung eingesehen oder auf Erfordern, gegen Erstattung der Copialien, zugesandt werden.

Die Forst-Verwaltung
zu Niechanowo b. Gnesen

Loose der Deutschen Lotterie

zur Gründung der **Friedrich-Wilhelm Stiftung**, sind, à 1 Thlr., in der **Exped. der Posener Zeitung** zu haben.

Eine evg. geprüfte Erzieherin, musikal., mit g. Zeugn. versehen, sucht Stellung. Off. güt. sub *S. F.* bei G. Heinze (C. H. Ulrici & Co.) Breitestr. 14 niederzul.

Ein Brenner

sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, in einer Dampfbrennerei Stellung. Antritt kann sofort erfolgen.

Gef. Offerten erb. ***Borrmann*** in **Görlitz**, Emmerichstraße 18.

Ein erster Wirthschaftsbeamter, evg., der deutschen und polnischen Sprache mächtig, noch in Stellung, dem gute Atteste und Empfehlungen zur Seite stehen, sucht zum 1. März resp. April Stellung. Gefällige Offerten bitte unter **K. H.** an die Expedition der Posener Zeitung zu richten.

Ein verheiratheter evang. **Wirthschaftsbeamter**, 36 Jahre alt, militairfrei, seit 20 Jahren ununterbrochen in der Wirthschaft, theils in Schlesien theils in der Provinz thätig und in allen Branchen vertraut, der die letzten 8 Jahre ein größeres Gut nebst Vorwerk und Ziegelei, zu einem größeren Güterkomplex gehörig bewirthschaftet, sucht zum 1. April c. Stellung. Reflektanten belieben ihre Offerten an Herrn ***Th. Spindler*** bei Herrn ***C. H. Ulrici & Co.*** in Gnesen abzugeben.

Lambert's Salon.

Sonnabend den 25. Januar:

Großer Maskenball.

Anfang 9 Uhr.

Das Nähere die Anschlagzettel.

J. Lambert.

Cirque Salamoński.

Heute Freitag
den 24. Januar 1873
und die folgenden Tage,
jeden Abend $7\frac{1}{2}$ Uhr,

Große Vorstellung.

Heute Abend **Eisbeine** bei **A. Romanowski**, St. Martin 69.

Die **Wahrsagerin** wohnt Keiler's Hotel zum Englischen Hof Zimmer Nr. 15 nur noch auf einige Tage.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 26. Jan., Vormittags 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Prediger Büttner.

Petrikirche. Sonntag den 26. Jan., früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konsist.-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Goebel. (Missionsstunde.)

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 26. Januar, Vormittags 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konsistorial-Rath Reichard. — 10 Uhr, Predigt: Herr Pastor Schlecht — Abends 6 Uhr: Herr Konsistorial-Rath Reichard.

Freitag den 31. Januar, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 26. Januar, Vormittags 10 Uhr: Herr Div.-Pfarrer Dr. Steinwender. — Nachmittags 5 Uhr: Herr Mil.-Oberpfarrer Händler.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 26. Januar, Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachm. 3 Uhr: Derselbe.

Mittwoch den 29. Januar, Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 17. bis 23. Januar:
getauft: 8 männl., 5 weibl. Pers.,
gestorben: 7 männl., 5 weibl. Pers.,
getraut: 7 Paar.

Im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde.

Sonnabend den 25. Januar, Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Familien-Nachrichten.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:

R. Kroemer,
A. Kroemer, geb. **Vogel.**
Posen.

Allen Freunden und Bekannten die ergebene Nachricht, daß meine liebe Frau **Flora** gestern Nacht von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden wurde. **S. M. Prag.**

Meinen Freunden und Gönnern zeige ergebenst an, daß meine liebe Frau **Ida**, geb. **Berger**, gestern früh von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden ist. Posen, 24. Jan. 1873.

Adolph Conradi.

Heute wurde meine liebe Frau **Marie**, geb. **Rehfeld**, von einem Mädchen glücklich entbunden.

Beuthen O.-S. 21. Januar 1873.

Rudolph Reiche.



Am 22. d. Mts., Abends $9\frac{1}{2}$ Uhr, verschied nach langen, schweren Leiden meine gute Frau **Margaretha** geb. **Laux** im Alter von 59 Jahren 4 Monaten.

Die Beerdigung findet Sonnabend den 25., Nachmittags $2\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Robert Schrantz.

Todes-Anzeige.

Gestern Abends 11 Uhr starb plötzlich am Herzschlag unsere geliebte einzige Tochter und Schwester

Louise Reiche.

Diese Anzeige allen theilnehmenden Freunden und Verwandten statt jeder besonderen Meldung.

Die trauernden Eltern und Brüder.
C. Reiche u. Frau.

Posen, den 24. Januar 1873.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 3 Uhr statt.

Volksgarten-Theater.

Heute Freitag: (Ohne Tabaksrauch). Zum zweiten Male: **Das Irrenhaus zu Dijon, od.: Der Wahnsinnige.**

Morgen Sonnabend: Nach der Vorstellung:

Großer Ball
(masqué et paré).
Beginn halb 11 Uhr.

Entree an der Kasse: Herren 1 Thlr. Damen 20 Sgr. Billets für Herren à 25 Sgr. für Damen à 15 Sgr. sind vorher schon im Lokale zu haben.

Dominos und Maskenanzüge ebenfalls im Lokale.

Restaurant zur National-Halle.

Sonnabend, den 25. Januar:

Großes Wurstabendbrot,

wozu ergebenst einladet

Carl Blaschke,
Friedrichsstr. 27.

Börsen-Telegramme.

Posener Marktbericht vom 24. Januar 1873.

			Preis.								
			Höchster			Mittlerer			Niedrigster		
			Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen fein,	per 42	Kilogr.	3	17	6	3	11	3	3	10	—
„ mittel	„	„	3	5	—	3	4	—	3	2	6
„ ordinär	„	„	3	1	3	3	—	—	2	26	3
Roggen, fein	40	„	2	7	6	2	7	—	2	6	3
„ mittel	„	„	2	5	—	2	3	9	2	3	—
„ ordinär	„	„	2	2	6	2	2	—	2	1	3
Große Gerste	37	„	1	26	3	1	22	6	1	20	—
Kleine „	„	„	1	25	—	1	21	3	1	20	—
Hafer	25	„	1	6	3	1	—	—	—	29	6
Kocherbsen	45	„	2	5	—	2	3	9	2	2	6
Futtererbsen	„	„	2	—	—	1	27	6	1	25	—
Winter-Rübsen	37	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	35	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	50	„	—	19	—	—	17	—	—	16	—
Wicken	45	„	1	25	—	1	24	—	1	23	—
Lupinen, gelbe	45	„	1	12	6	1	10	—	1	7	6
„ blaue	„	„	1	6	—	1	5	—	1	4	—
Rother Klee	50	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen
am 24. Januar 1873

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 94 G., do. 4% neue do. 90¾ bz, do. Rentenbr. 93 G., do. Provinz.-Bankaktien 112½ B., do 5proz. Provinz.-Obligat. 100½ bz, do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz. do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100 G. do 4½% Kreis-Oblig. 93 G, do. 4% Stadtobl II Em. 90½ B., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ bz, preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch. 89½ G. preuß. 4proz Staatsanl. 95¾ G, 4½-proz freiw. do. 103½ G., do. 3½proz Präm.-Anl. 124¾ B. Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm-Aktien 61⅝ bz, russische Banknoten 82⅝ bz. ausländische do. 99⅝ G., Tellus Aktien (Bninski Chlapowski, Plater & Co.) 112½ bz, Ostd. Bank 100¾ bz, Ostd. Produkt.-Bank 84 G, Prov.-Wechs.- u. Disk.-Bank 97½ bz., Aktien Kwilecki, Potocki & Co 94 B., poln 4proz. Liquidationsbriefe 65½ bz

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53¾. pr. Jan 53¾, Januar-Februar 53¾, Febr.-März 54, März-April —, Frühjahr 54¾, April-Mai 54¾ Mai Juni —.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis $17\frac{11}{24}$. pr. Januar $17\frac{11}{24}$, Februar $17\frac{13}{24}$, März 17½, April 18, Mai 18½ Juni $18\frac{7}{12}$.

[Privatbericht.] **Wetter:** trübe. **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) geschäftslos. Kündigungspreis 53¾ pr. Januar 53¾ B., Jan.-Febr. do., Febr.-März 54 B. Frühjahr 54¾ G., April-Mai do, Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) unverändert, Kündigungspreis $17\frac{11}{24}$, Gekündigt 10 000 Liter. per Jan. $17\frac{11}{24}$, bz. u. B., Februar $17\frac{7}{12}$ bz u. G. März 17¾ G, April 18 B., April-Mai 18¼ bz. u. G., Mai 18¼ G., Juni $18\frac{7}{12}$ bz. u. B., Juli 18⅞ G.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 24. Januar. **Tendenz:** Fest und lebhaft.

Deutsche Fonds

Posen. 3½proz. Pfandbr.	93	B
dito 4proz. Pfandbr.	91	bz
dito 4proz. Rentenbr.	93	B
dito 5proz. Prov.-Obl.	100½	bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100	bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	91	B
dito 4proz. Stadtoblg.	88½	G
dito 5proz. Stadtobl.	100	bz
Nordd. Bundesanl.	—	—
Preuß. 4½proz. Konsols	—	—
dito 4proz. Anleihe		
dito 3½proz. Staatssch.	89½	G
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	—	—

Ausländische Fonds.

Amer. 6proz. 1882 Bonds	—	
dito dito 1885 Bonds	99	bz
Oesterr. Papier-Rente	61¼	B
dito Silberrente	65½	G
dito Loose von 1860	96½	G
Italienische Rente	65	B
Russisch-engl. 1870er Anl.	—	—
dito dito 1871er Anl.	—	—
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91	B
Poln. Liquid.-Pfandbr.	—	—
Türk. 1865 5proz. Anl.	52	G
dito 1869 6proz. Anl.	63	B
Türkische Loose	176	G
Russische Noten	82¼	G
Oesterreichische Noten	92¼	B

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	—	—
dito Bank	—	—
dito Produkten-Handbk.	—	
dito Wechsler-Bank	59¾	B
Breslauer Diskontobank	119½	G
Berliner Disk.-Kommd.	—	—
Central-Genoss.-Bank	—	—
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	—	—
Centralb. f. Ind. u. Hand	109½	G
Kwilecki, Bank f. Ldw.	—	—
Meininger Kreditbank	—	—
Oesterr. Kredit	204	G
Ostdeutsche Bank	100¾-⅞	bz
Ostd. Produktenbank		—
Pos. Pr. Wechsl. Disk. B	—	—
Pos. Provinzial-Bank	112½	B
Pos. Bau-Bank	—	—
Schles. Bankverein	159	B
Tellus-Aktien	—	—
Preuß. Kredit	138¼	G
dito Bodenkredit	174½	G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	—	—
Bergisch-Märkische		—
Berlin-Görlitzer St.-A.	—	—
Böhmische Westbahn	110¾	B
Brest-Grajewo	—	—
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	—	
Köln-Mindener	165	B
Galizier (Carl-Ludwb.)	104¾	B
Halle-Sorau-Guben	65½	G
dito Stammprior.	—	—
Hannover-Altenbecken	—	
Kronprinz-Rudolphsb.	78½	B
Lüttich-Limburg	—	—
Märkisch-Pos. St.-Akt.	61⅝	bz
dito Stamm-Prior.	83½	G
Magd.-Halberst. 3½pr. B.		—
Oestr.-Franz. Staatsb.	204½	G
Oesterr. Südb. (Lomb.)	—	—
ultimo	116¼-⅞	bz
Ostpreuß. Südbahn	—	—
Rechte Oderuferbahn	—	—
Reichenberg-Pardubitz	—	—
Rhein-Nahe	44¾	B
Schweizer Union	28¼	G
dito Westbahn	53½	B
Stargard-Posen	99¾	B
Rumänische	44¼	G
Berlin-Dresden Stamm	—	

Industrie-Aktien.

Marienhütte	—	—
Redenhütte		—
Berl. Holzkomptoir	107	B
Berl. Viehhof		—
Hoffmann Waggonfabr.	—	—
Lauchhammer	112	G
Pos. Bierbrauerei	100	G
Laurahütte	—	—

Posener Privat-Marktbericht vom 24. Januar 1873.

Weizen: ruhiger.	p. 1050 Kil.	feiner	88—96 Thlr.	feinste Waare über Notiz.
		mittel	83—86 „	
		ordinär und defekt	75—80 „	
Roggen: fester.	p. 1000	feiner	56—57 „	
		mittel	54—55 „	
		ordinär	52—53 „	
Gerste: beachtet.	p. 925	feine	46—47 „	
		mittel und ordinär	42—43 „	
Leinsaamen: unverändert.	p. 925		75—82 „	
Hafer: flau.	p. 625	feiner	27½—29½ „	
		mittel und defekt	25—26½ „	
Erbsen: ruhiger	p. 1125	Koch-	53—55 „	
		Futter-	48—50 „	
Oelsaaten:	p. 1000	Raps		
		Rübsen		
Wicken: offerirt	p. 1125		43—45 „	
Klee:	p. 50	roth		
		weiß		
Buchweizen: beachtet.	p. 875		46—49 „	
Lupinen:		gelbe		
		blaue		

Breslau, 23. Januar. Die Börse eröffnete ziemlich fest bei geringen Umsätzen. Die Spekulation verhielt sich äußerst reservirt und beschäftigte sich mit der Ultimo-Regulirung, welche bei dem ungemein flotten Geldstand sich sehr leicht abzuwickeln scheint. Der Schluß der Börse war fest und wurden besonders Lombarden zu höheren Kursen lebhaft gehandelt. Berliner und Wiener Anfangs Preise bekannt. Kredit 202½ a ¼ a ½ bez. Lombarden 115½ bz. u. Gd. Franzosen 204 Gd. Banken bei fast unveränderten Kursen sehr still. Eisenbahnen umsatzlos, doch begehrt. Fonds sehr fest. Industrie-Effekten wenig verändert. Donnersmarck stark angeboten. Oberschl. Eisenbahn-Bedarf zu herabgesetzter Notiz begehrt, Laura 242½ a 242 bez. Nachbörse sehr fest. Lombarden 116½ bez u. Gd. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 97 bez. Schles. Bod.-Krd.-Akt.-Bank 105 Gd.

Produkten-Börse.

Stettin, 23. Jan. [Amtlicher Bericht.] Wetter trübe Nachts leichter Schneefall. + 2° R. Barometer 27. 5. Wind: SO. — **Weizen** wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko gelber geringer 50—60 Rt. besserer 61—72 Rt., feiner 73—82 Rt., pr. Jan 82 Rt. nom, Frühjahr 83½, ¾, ½ bz., B. u. G., Mai-Juni 83½ bz., Juli-August 82½ ⅝ bz u. B., ½ G, Sept.-Okt. 79½ bz — **Roggen** wenig verändert, p. 2000 Pfd loko 50 54½ Rt., feiner 56½ Rt., pr. Jan u. Jan.-Febr 54¼ bz. Febr.-März 54⅝ bz. Frühjahr 55½—55 bz., Mai-Juni 55 54⅞ bz., Juni-Juli 54¾ bz. u G., ⅞ B. Sept.-Okt. 53½ bz. — **Gerste** stille p. 2000 Pfd. loko 50—56 Rt — **Hafer** matt p. 2000 Pfd. 38—45 Rt., Frühjahr 45 G. — **Erbsen** unverändert, p. 2000 Pfd. loko 42—47 Rt, Frühjahr Futter- 48½ bz — **Winterrübsen** p. 2000 Pfd. pr. Sept. Okt. 103 B., 102½ G. ¾ bz. — **Rüböl** fest p. 200 Pfd loko 23⅙ Rt. B., pr. Jan 22⅚ G., Febr.-März $22\frac{7}{12}$ G. ⅔ B. April-Mai 23⅙ G., ¼ B., Mai-Juni $23\frac{5}{12}$ bz., 23½ B. Sept.-Okt 23⅔ bz u. B — **Spiritus** matt, p. 100 Liter a 100 % loko ohne Faß 18⅙ ⅛ Rt. bz. kurze Lieferung ohne Faß 18⅛ bz. do. mit Faß 18½ bz., pr. Jan.-Febr. 18⅙ B., Frühjahr 18⅙ bz. Mai Juni 18⅔ bz. Juni-Juli 19 B. — **Angemeldet:** nichts — **Regulirungspreis für Kündigungen:** Weizen 82 Rt., Roggen 54¼ Rt., Rüböl 22⅚ Rt., Spiritus 18⅙ Rt. — **Petroleum** unverändert, loko 6¾ Rt. bz, alte Usance 7 Rt. bz., Regulirungspreis $6\frac{7}{12}$ Rt., Jan $6\frac{7}{12}$ bz. u. B., Jan.-Febr. $6\frac{5}{12}$ G. u. B., Febr.-März 6½ B., 6⅓ G., Sept.-Okt. 6⅓ bz., 6⅜ B. (Ostf.-Ztg.)

Breslau. [Amtlicher Produkten-Preisbericht vom 23 Januar.]

Offiziell gekündigt 15 000 Liter Spiritus.

Kleesaat, rothe, unverändert, ordinär 11½—12½, mittel 12½—13½, fein 14½ 15½, hochfein 15½ 16¾ Rt. — **Kleesaat**, weiße, ordinär 12—14, mittel 16 17½ fein 18—20, hochfein 20½—22 Rt. — **Roggen** (p. 1000 Kilo) geschäftslos, pr. Jan. 57¾ B., April-Mai 57½ B u G., Mai-Juni 57½ B. — **Weizen** per 1000 Kilo per Jan 85 B — **Gerste** per 1000 Kil per Jan. 52 G. — **Hafer** per 1000 Kilo per Jan 42 G. April-Mai 41½ bz. — **Raps** per 1000 Kilo per Jan 103 G. **Rüböl** still, per 100 Kilogr. loko 22⅔ B., pr. Jan 22½ B. neue Usance $23\frac{1}{12}$ B. Jan.-Febr 22½ B., neue Usance $23\frac{1}{12}$ B. Febr.-März 22½ B. neue Usance 23½ B. April-Mai 23 B., neue Usance 23¾ B. Mai-Juni 24⅛ B, Sept.-Okt. 24⅛ B. — **Spiritus** geschäftslos, per 100 Liter loko 17⅜ B. ½ G., per Jan. u. Jan.-Febr 17 G., April-Mai 18½ bz. u. G., Mai-Juni 18⅔ G. — **Zink** P H. auf Lieferung 7¾ bz

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 23 Januar. (Landmarkt.)

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput.	feine			mittle			ord. Waare.		
Weizen w.	9	—	—	8	7	—	6	28	—
do. g.	8	12	—	7	28	—	6	22	—
Roggen	6	3	—	5	27	—	5	13	—
Gerste	5	12	—	5	8	—	4	24	—
Hafer neu	4	12	—	4	6	—	4	4	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Festsetzg. der Handels-Kommission, per 100 Kilogramm	feine			mittle			ord. Waare.		
	Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.
Raps	10	5	—	9	20	—	9	5	—
Winterrübsen	9	12	6	8	27	6	8	5	—
Sommerrübsen	9	12	6	8	17	6	7	17	6
Dotter	8	15		7	25	—	7	—	—
Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 23. Januar. Wetter: trübe. Morgens 0° +, Mittags 3° +. **Weizen** 125 128pfd. 78—83 Thlr., 129—131pfd. 84—85 Thlr. pr. 1000 Kilogramm — **Roggen** 120 122pfd. 52—53 Thlr pr 1000 Kilogramm. — **Erbsen** nach Qual. 42, 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — **Spiritus** 17½ Thlr pr. 100 Liter a 100 %. (Bromb. Ztg.)

Verzeichniss
der
bei dem Postamte in **Posen** ankommenden und abgehenden Posten.

Ankommende Posten.	Abgehende Posten
Pers.-Post von Wreschen . 3 U. 55 M. früh	Pers.-Post n. Schwerin a. W. 6 U. 45 M. früh
- - Wongrowitz 4 - — - -	- - Pleschen 7 - — - -
- - Krotoschin 6 - 50 - -	- - Wongrowitz 7 - 20 - -
- - Stenszewo 8 - 10 - -	- - Kurnik 8 - 30 - -
- - Obornik 8 - 30 - -	- - Stenszewo 5 - 30 Nachm.
- - Ostrowo 8 - 50 - -	- - Obornik 6 - — -
- - Kurnik 6 - 55 Nachm.	- - Krotoschin 8 - 10 -
- - Wongrowitz 8 - 5 Abend	- - Ostrowo 9 - 20 Abend
- - Pleschen 8 - 15 -	- - Wongrowitz 11 - 30 Nachts
- Schwerin a. W. 8 - 20 -	- - Wreschen 11 - 45

Neueste Depeschen.

Berlin, 24. Jan. [Abgeordnetenhaus.] Auf die Interpellation Gottberg's betreffend die Auswanderung aus den Ostprovinzen und dagegen zu treffende Regierungsmaßregeln erwidert der Minister des Innern: Wenn man Freizügigkeit gewähre, so könne man die Auswanderung nicht beschränken; auch lasse sich durch Polizeimaßregeln dagegen nichts ausrichten. Den Auswandernden müsse durch Gesetz-Maßregeln die Heimath werth gemacht werden, daß sie die Lust zum Wandern verlieren. Durch Hebung der wirthschaftlichen Verhältnisse und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse werde am besten dem entgegengewirkt. Die Regierung richte darauf ihr Augenmerk und rechne auf die Mitwirkung des Hauses.

Wiesbaden, 24. Januar. Nach nunmehr völliger Wiederherstellung des Kronprinzen konnte der Leibarzt Dr. Wegener denselben verlassen und heute nach Berlin zurückkehren.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.